INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2,50 DM

Stay rude, stay rebell!

31. August 1995

Nr. 342



Inhalt:

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Ordner:
- -zu Mumia Abu Jamal aus der Schweiz
- -Tierrechtsszene- Debatte aus HH
- -Rundbrief 6,ElWe Prozessgruppe Kassel
- -Peking Frauenkonferenz,Bolsch.Partei Nordkurdistan/Türkei, Zentrale Frauenkommission
- -Hungerstreik eines polit.Gefangenen,Graz
- -Antirassistischer Rundbrief Thüringen zu DenkMal f. unbekannten Wehrmachtsdeserteur
- -zur IG Farben Hauptversammlun 95, Kampagne "Nie wieder"

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

MIT SCHNEIDBRENNERN haben unbekannte Täter in der Nacht zu gestern zwei dicke Stahlträger des Castor-Verladekrans in Breese/Marsch durchtrennt. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen aufgenommen.
3 Aufn.: J. Feuerriegel

Unbekannte durchtrennen Kranträger, legen Brände – Geschätzter Schaden: über 300 000 DM

Anschlag auf Castor-Verladekran

gel **Breese/M./Gorleben.** Bei Anschlägen auf die Castor-Verladestation in Breese/Marsch und auf das atomare Zwischenlager Gorleben ist in der Nacht zu gestern Schaden von schätzungsweise über 300 000 DM entstanden. Die Polizei geht davon aus, daß es sich bei den Tätern um unbekannte Atomkraftgegner handelt. Bekanntlich plant die Atomindustrie noch in diesem Jahr einen weiteren Castor-Transport nach Gorleben. Die Anschläge sind aller Wahrscheinlichkeit nach ein Protest gegen weitere Atommülltransporte, so die Polizei. Ermittelt wird wegen Sachbeschädigung und Brandstiftung. Schwerpunkt der Anschläge war der Castor-Verladekran in Breese/M.: Dort haben die Attentäter mit Schneidbrennern zwei der vier Träger des Krans durchtrennt und einen dritten Träger in einer Länge von etwa einem Meter angeschnitten.

Die benutzten Gasflaschen und Trennwerkzeuge sind von den unbekannten Brandstiftern unter dem Kran angezündet worden. Die Feuerwehr aus Dannenberg mußte löschen. Die Verladestation war zur Tatzeit nicht bewacht. Den Maschendraht der Umzäunung hatten die Täter zuvor an mehreren Stellen durchtrennt.

Gegen 2 Uhr hatten die Attentäter die Straße, die von der Bundesstraße 191 zur Verladestation führt, abgesperrt: mit einem Umleitungsschild und einem Trassierband. Auf einem Zusatzschild war zu lesen: „Achtung Sprengung, Lebensgefahr". Auch gelangten die Unbekannten in eine Stromschaltstation am Verladekran, legten dort einen Hebel um und sorgten damit für einen Stromausfall in der Verladestation und in der angrenzenden Siedlung.

Zur gleichen Zeit brannte in der Nähe der Bundesstraße zudem ein Auto: Ein von den Unbekannten ganz offensichtlich mitgebrachter und mit Reifen beladener Pkw Opel Kadett Kombi ohne Kennzeichen stand in Flammen, brannte völlig aus. In diesem Bereich sind auch drei Nagelbretter auf die Fahrbahn gelegt worden. Auch wurden Strohrundballen auf und neben die Straße gebracht und angezündet. In das Stroh hatten die Täter Krähenfüße gestreut.

Etwa zur gleichen Zeit war auch das Zwischenlager in Gorleben Ziel von Anschlägen. Etwa 30 unbekannte Personen hatten sich dort getroffen und kurzfristig einen totalen Stromausfall im Zwischenlager verursacht, indem sie Wurfanker über zwei Stromleitungen warfen. Mit Leuchtraketen wurde daraufhin auf das Zwischenlagergelände geschossen. Einen dabei entstandenen kleinen Böschungsbrand konnten die anwesenden Wachleute sofort löschen. Glasscheiben des Pförtnerhäuschens am Zwischenlager wurden mit Farbe besprüht – mit Sprüchen wie „Stop Castor". Mit einem Stein zerstörte einer der Attentäter eine Scheibe des Verwaltungsgebäudes. Das Tor zur geplanten Pilotkonditionierungsanlage (PKA) wurde mit einem Vorhangschloß dichtgemacht. Knallkörper und leere Glasflaschen flogen auf das Gelände.



BI: Brauchen uns nicht zu distanzieren

gel **Gorleben.** Die hiesige Bürgerinitiative Umweltschutz (BI) weist Erwartungen der Brennelementlagergesellschaft (BLG) Gorleben zurück, daß sich die BI von den jüngsten Anschlägen auf Castor-Anlagen distanzieren solle. „Wir brauchen uns nicht zu distanzieren", meinte gestern BI-Sprecher Wolfgang Ehmke in einer ersten Reaktion auf die Anschläge gegenüber der EJZ. Als BI habe man nämlich nicht zu Sachbeschädigungen aufgerufen und werde dies auch in Zukunft nicht tun, betont Ehmke.

BM 23.8.95

■ *Angesägter Verladekran, Leuchtraketen im Lager*

BM Dannenberg, 23. Aug.

Unbekannte haben in der Nacht zu gestern den Verladekran für Atommüllbehälter im niedersächsischen Breese bei Dannenberg beschädigt und das Zwischenlager in Gorleben mit Leuchtraketen beschossen. Wie die Polizei in Lüchow-Dannenberg mitteilte, beträgt der Sachschaden bei der Verladestation mindestens 300 000 Mark und im Zwischenlager Gorleben rund 10 000 Mark.

Beide Aktionen begannen zeitgleich gegen zwei Uhr und richteten sich offenbar gegen die Castor-Transporte mit Atommüll nach Gorleben, teilte die Polizei mit. Der Gesamtschaden beträgt nach Schätzungen mindestens 310 000 Mark. Konkrete Hinweise auf die Täter gab es zunächst nicht.

Menschen wurden bei den Aktionen nicht verletzt, teilte Polizeisprecher Peter Faesel mit. Die Täter hatten Straßen mit Umleitungsschildern abgesperrt.


Am Verladekran stellten die Atomkraftgegner nach Polizeiangaben den Strom ab, zündeten Strohballen und ein mitgebrachtes Auto an. Mit Schneidbrennern seien anschließend zwei Träger des Krans durchtrennt worden.

Vor dem rund 30 Kilometer entfernten Zwischenlager Gorleben verursachten rund 30 Atomkraftgegner, die beobachtet worden waren, zur gleichen Zeit ebenfalls einen Stromausfall und schossen Leuchtraketen auf das Lager. Mehrere Schaufensterscheiben wurden mit Anti-Atom-Parolen wie „Stop Castor" besprüht.

Ebenfalls auf Atomkraftgegner führt die Polizei eine zeitgleiche Aktion in der Gemeinde Breese zurück. Dort sperrten Unbekannte den Wohnort des niedersächsischen CDU-Bundestagsabgeordneten Kurt-Dieter Grill mit Umleitungsschildern und Bändern ab. Auf Schildern wurde vor Sprengungen gewarnt. Passiert sei jedoch nichts, erklärte Faesel. Grill ist Vorsitzender des Bundesfachausschusses Umwelt der CDU und gilt als engagierter Vertreter des Einsatzes von Atomkraft.

Ungeachtet der erneuten Anschläge liefen „die Planungen für die nächsten Einlagerungen in Gorleben unbeeinträchtigt weiter", sagte ein Sprecher der Brennelementelager-Gesellschaft. Mindestens ein Transport soll noch in diesem Jahr folgen: Der Essener Energiekonzern RWE will abgebrannte Brennelemente aus dem AKW Gundremmingen in das Zwischenlager bringen. Der erste Castor-Behälter wurde im April unter starkem Polizeischutz in Gorleben eingelagert.

Die nächtlichen Aktionen von gestern reihen sich in eine seit mehr als zehn Jahren dauernde Anschlagserie auf mögliche Transportwege nach Gorleben ein. 1995 verbuchte die Polizei bislang elf Anschläge auf Bahnanlagen. Dabei wurden Schienen zersägt, Wurfanker auf Oberleitungen geworfen und Bombenattrappen versteckt.



Widerstandsfest in Duisburg an der GNS

…er kennt Duisburg als Atomstandort? Aus diesem Grunde …eranstalten wir

am 9. Sept. 1995

ein Widerstandsfest vor der GNS (Gesellschaft für Nuclear Service) in Duisburg Wanheim.

Eingeladen sind alle, die etwas mit dem Wort Widerstand anfangen können.

Ab 13.00 Kulturprogramm mit:

- Livemusik u.a. *Klaus der Geiger & Band*
- Gaukler, Clowns, Jongleure usw.
- Kinderprogramm und -betreuung
- Infotische zu verschiedenen Themen
- Essen & Getränke

Wenn ihr Lust habt, nicht nur an dem Widerstandsfest teilzunehmen, sondern es auch mitzugestalten, findet ihr unten eine Kontaktadresse. Gesucht werden Leute, die zu verschiedenen Themen Infotische machen.

GNS ? In Duisburg Wanheim wird von der GNS der gesamte Atomschrott der BRD weiterverarbeitet und für die "Endlagerung" vorbereitet. Dieser Atomschrott wird ins "Endlager" Morsleben und teilweise ins Zwischenlager Gorleben eingelagert. Die GNS hat bei der Atommafia das Entsorgungsmonopol.

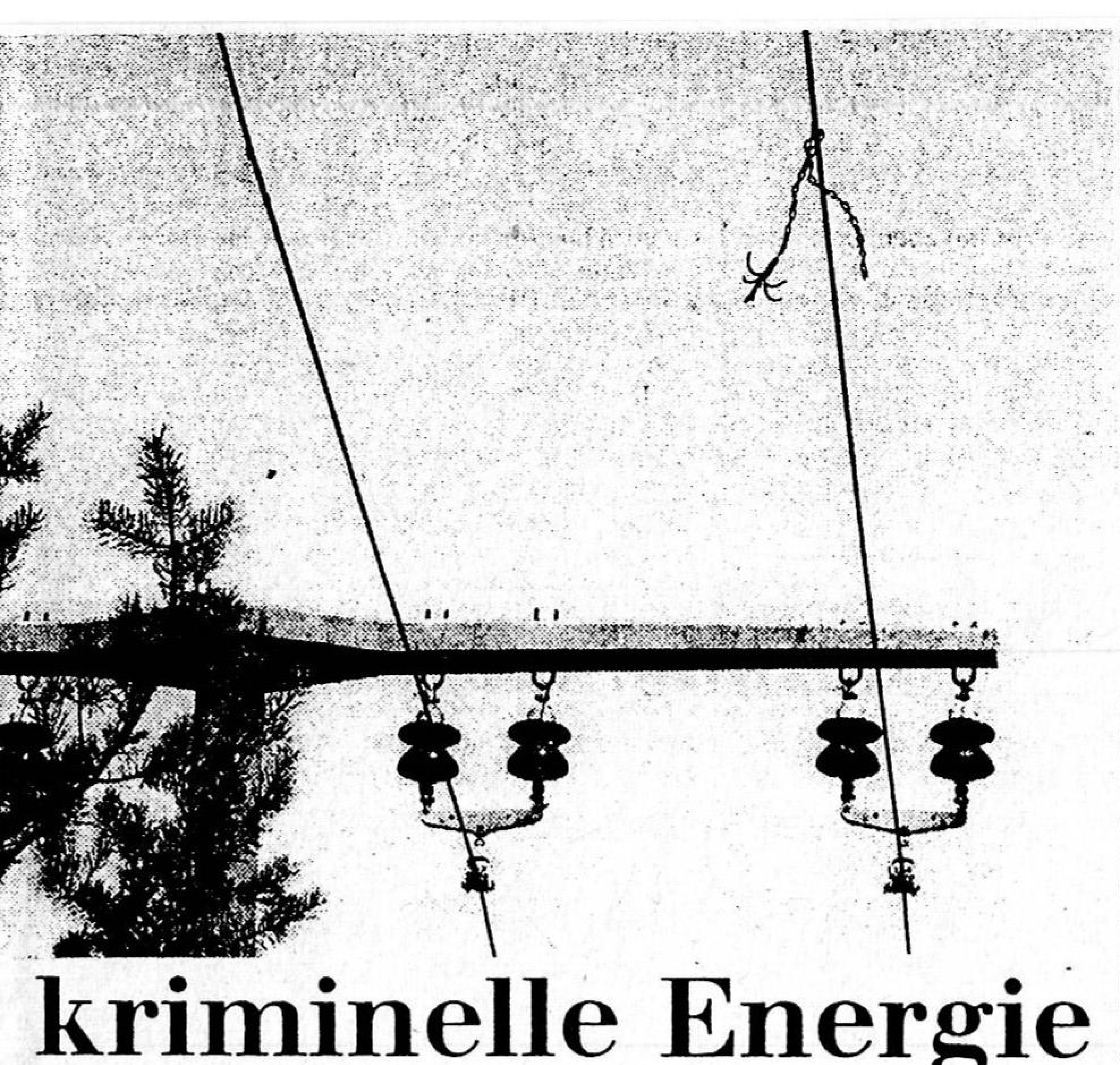
Kontakt: Ruhrconnection
AK gegen Atomanlagen
c/o Heinz-Jürgen Eichholz
Suitbertusstr.15
47249 Duisburg
tel.: 0203/706449

Wegbeschreibung:
mit ÖPNV: ab DU-HBF mit U-Bahn-Linie 903 Richtung Hüttenheim bis Haltestelle Heiligenbaumstr.
mit Auto: von der A 59 Ausfahrt DU-Buchholz/Wanheim Richtung Hüttenheim. vor Mannesmann Tor I rechts entlang der Schienen (Ebingerstr.)

DAS EINGANGSGEBÄUDE des Zwischenlagers in Gorleben ist ebenfalls beschädigt worden: Die Fenster wurden besprüht.

BLG: Sehr hohe kriminelle Energie
Grill: Akt der kriminellen Gewalt

MIT WURFANKERN über Stromleitungen – hier die zwischen Gorleben und dem Zwischenla… …atten Attentäter kurzfristig einen Stromausfall in der Atomanlage verursacht …



kriminelle Energie



AUSSTIEG SOFORT

Nicht erst beim nächsten CASTOR in Gorleben blockieren!

ALLE müssen TEURER werden!

25. 9. AKTIONS- u. Blockadetag zum 11. EXCELLOX Transport abgebrannter Brennelemente vom AKW **Brokdorf** in die englische Plutoniumfabrik Sellafield.

Treffpunkte 24.9. Bhf Wilster 18 Uhr u. 25.9. am AKW 8 Uhr

PROZESSE gegen AtomwiderständlerInnen:

5. 9. Amtsgericht Itzehoe ab 8 Uhr gegen 3 Jugendliche wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz

14. 9. Amtsgericht Meldorf um 9 Uhr gegen 7 Personen wegen Sachbeschädigung u. Hausfriedensbruch (Kranbesetzung)

Transporttermine für abgebrannte Brennelemente vom AKW **Brunsbüttel** in die französische Plutoniumfabrik **La Hague am 14. u. 28. August**

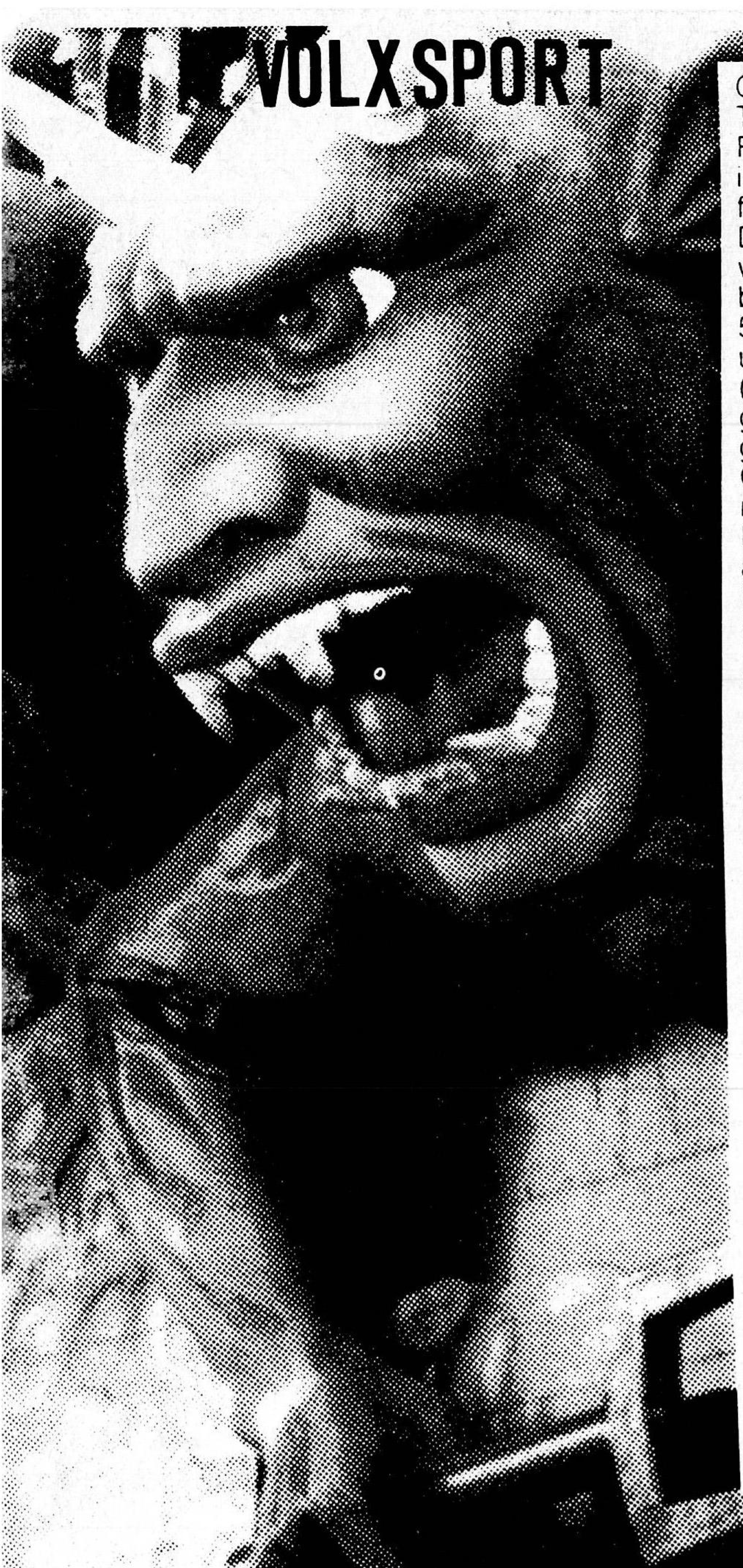
Aktionsbündnis "Wir schützen die Kinder von Sellafield"

Infotelefon: 04852-3761

Stillegung aller Atomanlagen! SOFORT! STOP aller Atomtransporte!

Prozesshilfekonto: Mirko Klessig, Raiffeisenbank Heide
BLZ 218 604 18, Kto 18 72 40 Prozeßkontakt: 04859 - 222

KEIN ATOMMÜLL NACH GORLEBEN



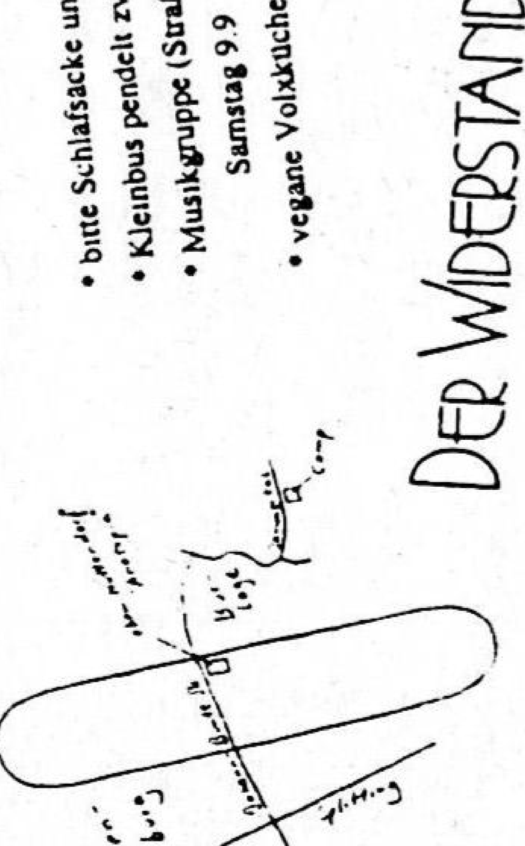
Gestern nacht haben wir den französischen Hochgeschwindigkeitszug TGV auf den Rangiergeleisen vor dem Hauptbahnhof Bern durch ein Feuer unbrauchbar gemacht. Wir sehen diese Aktion als Teil der internationalen Protestbewegung gegen die angekündigten französischen Atombomben"tests" im südpazifischen Raum.
Die arrogante Haltung der Kolonialmacht Frankreich gegenüber den weltweiten Protesten und gegenüber der Bevölkerung im direkt betroffenen Gebiet veranlasst uns, zu solch radikalen Mitteln zu greifen.
50 Jahre nach den Atombombenabwürfen über Hiroshima und Nagasaki und nach über 200 gezündeteten französischen Atombomben (sogenannte Tests) scheint die "Grand Nation" immer noch nicht genügend Erkenntnisse über die verheerende Wirkung der Atombombe gewonnen zu haben.
Offensichtlich arbeitet die französische Regierung an der Entwicklung neuer Atomwaffen; Mini-Atombomben, die für sogenannte "Chirurgische Eingriffe" nützlich sein sollen. Es scheint uns also eine neue Runde atomaren Wettrüstens bevorzustehen.
Es liegt jetzt an uns allen, dies zu verhindern. Dafür gibt es viele Handlungsmöglichkeiten. Wir halten Sabotage - so lange keine Menschen verletzt werden - für ein effektives und legitimes Mittel, den Kriegstreibern zu schaden.

Unsere Aktion haben wir mit einer Videokamera dokumentarisch festgehalten. Das Resultat stellen wir dem Schweizerischen Fernsehen gratis zur Verfügung. (Die TSR in Genf hat eine Kopie des Videos erhalten)

Und nun zu den technischen Daten und Sponsoren des Tests
(ACHTUNG NACHAHMERINNEN: DIES IST EINE SEHR SIMPLE METHODE: EINE EXPLOSIONSGEFAHR WEGEN BENZINDÄMPFEN KANN AUSGESCHLOSSEN WERDEN)
Wir verwendeten 30 1.5-Liter Mineralwasser-Petflaschen, gefüllt mit einer Benzin-Zucker-Diesel-Mischung. Als Zündung dienten Räucherstäblein (Duftmarke "Amande"), an deren Ende Streichhölzer befestigt waren; nach wenigen Minuten entzündeten sich die Streichhölzer, welche ein Diesel(Marke Migrol)-getränktes Tuch, das um die Plastikflasche gebunden war, in Brand setzten; dieses wiederum brannte ein Loch in die Plastikflasche - die Benzinmischung fliesst aus, der TGV brennt.
Nicht wegen 1.-August-Nachwehen, sondern aus filmerischen Gründen haben wir schliesslich vor der Schnauze des Zuges zwei Zuckerstöcke hochgehen lassen...

BOYKOTTIERT DEN TGV!

Liebe Grüsse
Elsbeth, Lisa, Stefan, Kurt, François, Julienne, Rita und Gil



VOLX SPORT



Wir haben in der Nacht vom 8 auf 9.8 die zukünftige BGS-Truppenbehausung (Ziller-ring) zum 1 Mal beschädigt.
Fast alle Scheiben wurden demoliert
Das Lüftungssytem mit Säure tracktiert
Versorgungsleitungen versieglt und unbrauch-bar gemacht.

Dies ist eine bescheidene notwendige Mass-nahme gegen die BGS-Terror Truppen die die menschenverachtende Abschiebepraxis der BRD u.a. am Ffm Flughafen ermöglichen.

Dies ist eine Warnung an alle Politiker wie zB der alsseits besoffene Campari-Bernhard (Brehl), der sich zu Beginn der Flughafen Aus-einandersetzung noch als Gegner des Monstrums profilierte, bei Cargo-City schon leisere Töne schwang und sich jetzt zum Stiefellecker der Staatstruppen entwickelte.

Die Spätschicht

Brehl = Bürgermeister v. Walldorf/Mörvelden

Wir haben heute am 18.8.95 eine Baustelle der Arnold Kuthe GmbH in der Ringbahnstr. in Tempelhof besucht. Ein Bauwagen samt der darin befindlichen Baumaschienen wurden durch Feuereinwirkung zerstört.

Kuthe hat sich der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung (er baut im Auftrag des Landes Berlin den Abschiebeknast in Berlin-Grünau, in dem 360 Zellen zur Mißhandlung und Ermordung nichtdeutscher Flüchtlinge entstehen) und damit der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung schuldig gemacht.

Einmal mehr hat sich in den letzten Tagen gezeigt, daß die terroristische Vereinigung BRD-Regierung offen dazu übergegangen ist, nichtdeutsche Menschen zu ermorden. Sei es durch unterlassene Hilfeleistung wie im Falle des Kurden Celal Akan, dem eine überlebenswichtige Operation verweigert wurde. Oder durch Herstellung einer Situation, in der Menschen die einem Folterstaat entflohen sind, in diesem Folterstaat BRD keine andere Möglichkeit mehr sehen, als sich selbst umzubringen (wie im Falle des 29-jährigen Nigerianers im Knast von Wolfenbüttel)
Die Reihe der Ermordeten dieser Vereinigung läßt sich beliebig fortsetzen.

Deswegen:

Kuthe to hell!

Freiheit für Werner, Andreas, Ralf, Rainer und Ulf!
Liebe Grüsse an Thomas, Peter und Bernhard und an alle anderen die verfolgt oder gesucht werden!!
Grüsse an alle, die diese Schweinereien nicht mehr länger hinnehmen, speziell an's K.O.M.I.T.E.E. und an's K:O:L:L:E:K:T:I:V:"

Autonome Gruppe Celal Akan

AUSSAGEVERWEIGERUNG

GEGEN DIE UNKLARHEIT
FÜR EINE PRODUKTIVE AUSEINANDERSETZUNG

Hier jetzt nochmal was zur Aussageverweigerung:

Auf der Veranstaltung zu "Repression und Widerstand" im EX hat der Beitrag zu ZeugInnen und Aussageverweigerung bei einigen zu Verwirrung geführt, nach dem Motto "is es jetzt doch nicht so schlimm, wenn Leute quatschen, oder was ?". Es scheint also notig zu sein, noch einmal genauer auf diesen Themenkomplex einzugehen.

Entscheidend scheint mir hierbei ein differenzierter Umgang mit der Forderung an alle, die Aussage zu verweigern

Für ZeugInnen kann die generelle Aussageverweigerung anders als für Beschuldigte in der letzten Konsequenz neben Ordnungsgeld bis zu 6 Monate Beugehaft (innerhalb des selben Tatkomplexes) bedeuten. Dieses staatliche Druckmittel zur Durchsetzung der Denuziationspflicht zeigt allerorts (nicht nur in der linken Szene) seine Wirkung.

Beugehaft wird nicht nur angedroht, wie zB im Memminger Abtreibungsprozeß (hier wurde 70 aussageunwilligen Zeuginnen Beugehaft angedroht, mit dem gewunschten Ergebnis, daß letztlich alle Aussagen machten), sondern auch verhangt. Jungstes Beispiel hierfur innerhalb der linken Szene ist Ulf aus Bremen, der im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen die *Radikal* als Zeuge geladen wurde, die Aussage verweigerte und dafür 5 Monate Beugehaft aufgebrummt bekommen hat, und jetzt in Heimsheim im Knast sitzt

Insofern hat die Forderung nach Aussageverweigerung was ZeugInnen angeht nicht nur eine *politische* sondern in ihren Konsequenzen fur die Betroffenen auch sehr *personliche* Ebene.

Letztere unter den Tisch fallen lassen zu wollen, um die durch die klare Forderung "Keine Aussagen - Keine Kooperation mit dem Staatsschutz" erkämpfte politische Stärke nicht zu gefährden, verhindert letztlich genau diese Stärke

In der Realität sieht es doch zur Zeit so aus, daß die Anna- und-Arthur-haltens-Maul-Kampagne seit den Schüssen an der Startbahn zwar große Kreise erreicht hat, von vielen für richtig befunden und unterstützt wird, in der konkreten Situation einer ZeugInnenladung und eines Verhörs dann aber die meisten Betroffenen doch 'ne Menge erzählen.

Die weitverbreitete Aussagebereitschaft der linken Szene alleine mit dem ständigen Wiederholen der richtigen Forderung bekämpfen zu wollen, heißt, die Kampagne für richtig und die Menschen für falsch zu erklaren Damit kommen wir nicht weiter

Es gibt Gründe dafür, warum viele es richtig finden, trotz Repressionsmaßnahmen die Aussage zu verweigern und genauso gibt es Gründe (die eben nicht nur individuell zu sehen sind) warum konkret Betroffene doch Aussagen machen

Wir mussen uns wieder auf die Ebene der Argumente begeben, wollen wir tatsächlich aus der Aussageverweigerungskampagne Gewinn ziehen Damit meine ich die Stärke in der konkreten Situation wann immer möglich der Denuziationspflicht zu widerstehen.



GRÜNDE FÜR DIE AUSSAGEVERWEIGERUNG :

Das folgende ist aus der sehr lesenswerten Bröschure aus Bochum "Wenn die Sache irre wird- werden die irren zu Profis Infos und Texte zur Aussageverweigerung und Beugehaft" abgeschrieben [1] .

Es gibt keine entlastenden Aussagen

Es gibt keine entlastenden Aussagen Das Interesse der Bundesanwaltschaft besteht gerade darin, nur Belastendes zu finden Anscheinend entlastende Aussagen können schnell in ihr Gegenteil verkehrt werden. Zumal es kaum absehbar ist, welche Informationen von der BAW zu Indizien gemacht werden können in Verfahren, in denen es häufig noch nicht einmal einen konkreten Tatvorwurf gibt. Die BAW ist sehr phantasievoll in dieser Hinsicht!

Es gibt keine harmlosen Aussagen

Schon aus der Bergründung laufender Ermittlungsverfahren wird ersichtlich, daß es kaum Unverdächtiges in den Augen der Staatsschützer gibt. So müssen zB. als Indizien herhalten :

[1] Am 18.12.87 waren mit Schwerpunkt Ruhrgebiet 33 Wohnungen und Arbeitsplätze wg RZ und Rote Zora durchsucht worden. Ein dreiviertel Jahr später folgten massenweise ZeugInnenvorladungen. Die meisten von ihnen standen im Zusammenhang mit der Verfolgung damals Abgetauchter. Zwei der Zeuginnen verweigerten die Aussage bis zum Schluß und wurden deswegen in Beugehaft genommen. U.a. durch den massiven juristischen und politischen Druck gegen dieses Vorgehen der BAW mußten die beiden nach /- bzw "-wöchiger Haft wieder entlassen werden.
Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, daß wegen dem bei einer Hausdurchsuchung im Herbst 88 (zum gleichen Komplex wg eines Gesuchten) beschlagnahmten Materials zu Aussageverweigerung gegen alle vier BewohnerInnen ein 129a- Verfahren eingeleitet wurde. Begrundung der Staatsschutzbehorden: Die Bereitschaft zur Aussageverweigerung zu wecken oder zu bestärken, sei geeignet, das Vertrauen der RZ's in eine "breite solidarische Verschwiegenheit der Szene" zu stärken und sie auf diesem Wege zu zu einer Fortsezung ihres "strafbaren Tuns" zu motivieren.

- das Fahren mit öffentlichen Verkehrsmitteln, obwohl ein eigenes Auto vorhanden ist.
- die Beschäftigung mit sog. anschlagsrelevanten Themen.
- das Treffen im Hinterzimmer einer Kneipe ohne am Telefon ausdrücklich den Zweck des Treffens zu nennen.
- die Bekanntschaft mit Personen, die ihrerseits eines sog. Vergehens bezichtigt werden.

In der Begründung einiger Beugehaftanträge hieß es, daß "Umstände aus dem persönlichen Lebensbereich" beweiserheblich seien, daß "durch persönliche, berufliche oder gesellschaftliche Interessen erklärbares Verhalten der Beschuldigten ermittelt werden muß, um es von Verhaltensweisen zu unterscheiden, die ihre Erklärung in dem Engagement der Beschuldigten für die terroristische Vereinigung RZ/Rote Zora finden." Welches Verhalten wozu diente wird natürlich von Ermittlungsbeamten entschieden. ...

Auch im privaten Bereich, zB. dem Zusammenwohnen in einer WG, wird es schwierig mit harmlosen Antworten. Auf Fragen nach FreundInnen, Bekannten, Aufstehgewohnheiten, Krankheiten, Lese- und Telefoniergewohnheiten der beschuldigten Person zu antworten, daß diese Dinge nicht bekannt seien, legt für das BKA den Schluß nahe, daß diese Person konspirativ gehandelt haben muß.

Beispiel: Telefongespräche

Eine Zeugin wird gefragt, ob ihre Mitbewohnerin X mit Y bekannt ist. Im Bemühen möglichst schwammig zu antworten, sagt die Zeugin: "Ich weiß nicht". Nun hat aber das BKA die Person X schon länger bespitzelt und ein Telefongespräch zwischen X und Y abgehört. Auf diesem Hintergrund, der der Zeugin nicht bekannt ist, wird die Aussage "ich weiß nicht" zur relevanten Information. Verheimlicht die Zeugin die Beziehung, weil sie ihr heikel erscheint, oder hat gar X selbst gegenüber der Zeugin die Beziehung zu Y verheimlicht? Beides deutete auf eine moglicherweise konspirative Beziehung zwischen X und Y hin

Beispiel: Rasterfahndung

Auch scheinbar banale Aussagen können zur Aufstellung von Rastern dienen. Die harmlose Eigenschaft, Leser der Süddeutschen Zeitung zu sein, ließ Rolf Pohle in das Fangnetz des BKA laufen. Durch Observierung der Zeitungskioske in Athen wurde er beim Kauf einer solchen erwischt.

Im Rahmen der Rasterfahndung ergeben dann auch Fragen nach Krankheiten, Angewiesensein auf bestimmte Medikamente, Allergien, Kontaktlinsen einen Sinn.

Es gibt keine banalen Fragen

Auch scheinbar banale Fragen und solche, auf die es amtliche Antworten gibt, erfüllen ihren Zweck !!! Prinzipiell gilt, daß die BAW keine dummen Fragen stellt.

Beispiel: Verhörsituation

Die BAW stellt eine Reihe Fragen wie:"wo hat X zu einem bestimmten Zeitpunkt gewohnt?" - Natürlich wo er gemeldet war - "wo hat X gearbeitet?" etc.

Die Zeugin überlegt angestrengt, welche Frage ihr relativ harmlos erscheint, welche nicht. Ihr Zögern, Ausweichen, ihre schnelle Antwort können der BAW Hinweise auf sie moglicherweise interessierende Punkte in der Biographie der gesuchten Person geben.

ZeugInnenbefragungen finden in der Regel als Frage und Antwort-Spiel statt. Dh., die ZeugInnen bekommen nicht einen Fragenkatalog vorgelegt, wo sie von vorneherein einen Überblick über die einzelnen Fragen und deren mögliche Bedeutung haben und eventuell in Ruhe entscheiden können, welche Frage sie beantworten. Die BAW bemüht sich um die Atmosphäre eines Gesprächs. Blockiert eine ZeugIn an einzelnen Punkten dieses Gesprächs, muß sie dies häufig begründen. Diese zermürbende Situation hat zB. im Falle eines Hamburger Zeugen 3 Stunden gedauert. Die wenigsten ZeugInnen werden sich nach einer solchen Prozedur noch erinnern können, welche Informationen sie dem Staatsschutz gegeben haben.

Für den eigenen Schutz ! EinE ZeugIn ist schnell BeschuldigteR

In 129a-Verfahren können ZeugInnen im Nu selbst zu Beschuldigten werden, da die Bekanntschaft mit einer verdächtigen Person jede und jeden selbst in den Kreis verdächtiger Personen kommen läßt. Dies ist in der Vergangenheit schon häufig geschehen (in RAF-Verfahren).

Insbesondere mit der Verweigerung der Aussage unter Berufung auf den §55 belastet man/frau sich selbst. Im Kern besagt dieser Paragraph, daß Antworten, die eine mogliche Selbstbelastung beinhalten, verweigert werden können.

Diese Selbstbelastung kann durchaus von BKA und BAW für künftige Verfahren erwünscht sein.

Außerdem sieht das Gesetz vor, daß jeder Bezug auf den §55 erstmal begründet werden muß. Eine schizophrene Situation, weil das heißt, daß mit der Begründung, warum eine solche Aussage etwas mit der eigenen Person zu tun hat und belastend sein könnte, jede Menge Informationen geliefert wird.

Ob die BAW bei der jeweiligen Frage den §55 akzeptiert, hängt von ihrer Willkür ab: wurden viele andere Fragen beantwortet, lassen sie vielleicht einige unbeantwortete zu

Ist eine ZeugIn bereits Beschuldigte in einem anderen Verfahren, so ergibt sich daraus noch nicht automatisch das Recht auf Aussageverweigerung nach §55. Denn auch in diesen Fällen behalten sich die Ermittlungsbehörden die Entscheidung darüber vor, ob ein Zusammenhang zwischen den Verfahren und damit ein Aussageverweigerungsrecht besteht. Im schlimmsten Fall faßt die BAW die Berufung der ZeugIn auf den §55 als Bestätigung der gegen sie erhobenen Vorwürfe auf.

Für die Zukunft ist noch vermehrt zu befürchten, daß die Bekanntgabe von Ermittlungsverfahren solange hinausgezögert wird, bis die ZeugInnen ihre Funktion erfüllt haben.

Aussagen schützen nicht vor weiteren Vorladungen

Die ZeugInnenvorladungen im Zusammenhang mit den Schüssen an der Starbahn West in Frankfurt zeigen: Auch Aussagen schützen nicht vor weiterer Verfolgung. Bei signalisierter Aussagebereitschaft kann eine ZeugIn immer wieder vorgeladen werden. ...

Das eigene Gewissen

JedeR wird sich die Frage stellen, Habe ich mich so verhalten, wie ich es richtig finde?

Bei Aussagen kann man/frau sich nie sicher sein, möglicherweise doch jemanden belastet zu haben.

Immer bleibt die Aussicht, bei einem späteren Prozeß Aussagen wiederholen zu müssen, die der angeklagten Person möglicherweise Knast einbringen. ... "

Soweit erstmal aus der Bochumer Broschüre. Es gibt also eindeutig immer gute Gründe, die Aussage zu verweigern.

Zu den oben genannten kommt noch hinzu, daß in Verfahren, in denen mehrere ZeugInnen geladen werden, deren gemeinsame Verweigerung der Aussage eine Spaltung der ZeugInnen in die, die keine "gefährlichen" Informationen zu bieten haben und solche, die eben etwas näher dran sind, und alleine deswegen die Aussage verweigern müssen, verhindern kann.

Zudem kann die Verweigerung der Aussage durch viele die Schwelle der BAW erhöhen, tatsächlich Beugehaft zu verhängen.

Vergessen werden sollte auch nicht, daß schon die Empörung darüber, daß dieser Staat das Recht hat, Menschen, die nicht mit dem Staatsschutz zusammen arbeiten wollen, bis zu einem halben Jahr in den Knast zu stecken, ausreichen kann, das Maul zu halten.

Was bleibt, ist die Frage nach den Gründen für die Diskrepanz zwischen Anspruch/Überzeugung und Wirklichkeit.

IN DER WIRKLICHKEIT ...

Politisch wird die Aussageverweigerung mit dem Kampfverhältnis der Linken zum Staat begründet.

Vergessen werden darf dabei aber nicht, daß Repression unter anderem häufig deswegen so gut greift, weil sie eben auch Leute trifft, die gar kein solches Verhältnis zum Staat haben beziehungsweise mit eskalierten repressiven Mitteln überzogen werden, die ihrer eigenen Ebene des Widerstandes/Angriffs nicht entsprechen (zB wenn "Autonome" plötzlich von Anti-Terror-Einheiten bekämpft werden, die früher gegen die Guerrilla eingesetzt wurden).

Es ist eben ein Unterschied, ob Aussageverweigerung zu einem Teil der eigenen politischen Identität wird, oder aber ob die Politisierung erst über die Konfontation mit der staatlichen Repression beginnt. Hier sind Geduld und Einfühlungsvermögen mehr angesagt, als das Konfrontieren mit super-straighten Positionen, die letzlich dem Druck der Beugehaft nur einen weiteren Druck, nämlich den der politischen Ansprüche entgegenstellen. Es erscheint unwahrscheinlich, daß ein solchermaßen im Schnellverfahren "überzeugter" (funktionalisierter?) Mensch 6 Monate Knast durchstehen würde.

Aus Erfahrung wissen wir auch, daß die Bereitschaft zu Aussagen umso größer ist, je mehr Diskrepanz zu den verfolgten Inhalten oder Taten besteht (zB. Startbahn), bzw. je heftiger die Vorwürfe sind (zB. Kaindl-Verfahren). Dem etwas entgegenzusetzen scheint häufig fast aussichtslos.

Zudem werden viele Menschen sehr unvorbereitet mit der Verhörsituation konfrontiert und reagieren dann aus Angst und Überforderung anders, als sie es vielleicht eigentlich beabsichtigt hatten.

Gerade aus dieser Erfahrung ergibt sich die Notwendigkeit, wollen wir mit unserem eigenen Verhalten nicht ewig unseren Ansprüchen hinterherhinken, daß wir uns nicht nur in Zeiten intensiver Repression mit dem Thema Aussageverweigerung auseinandersetzen, sowie daß wir aufhören, dieses Thema an ZeugInnengruppen, EAs und Antirepressionsgruppen zu delegieren.

Die Aussageverweigerungskampagne läßt sich nicht konsumieren, sie ist immer nur so stark wie die ernstgemeinte konsequente und gemeinsame Auseinandersetzung mit diesem Thema, die ja erst ermöglicht, daß die einzelnen sich entsprechend verhalten.

Und zu dieser Auseinandersetzung gehört unbedingt auch das Reden über die Folgen/Konsequenzen, die die Verweigerung für einzelne bedeuten kann, sprich die Auseinandersetzung mit Knast.



DER PREIS

Hierzu nochmal einen Abschnitt aus der Bochumer Broschüre:

"Die Repressionsmöglichkeit der Beugehaft trifft jedeN EinzelneN in ihrer gesamten Lebenssituation:

Sie/er ist nicht nur mal eben ein halbes Jahr weg vom Fenster, sondern sie hat weitreichende Konsequenzen zu tragen. An diesem Punkt stellt sich die Frage nach der Verhältnismäßigkeit zwischen dem Preis, der für die Verweigerung zu zahlen ist (nämlich Knast) und dem Schaden, den eine Aussage anrichten kann. Es gibt kein Patentrezept, was diese Frage eindeutig lösen könnte, denn jedeR ZeugIn ist in einer unterschiedlichen Situation was ihre persönliche Lebensituation und den möglichen, von ihr/ihm gestifteten Schaden angeht."

Auch wenn wir meinen, daß jede nicht gemachte Aussage ein Gewinn ist, können wir die anfangs aufgeführten Argumente für Aussageverweigerung nicht einfach jeder individuellen Lebensituation überstülpen.

Eine der Betroffenen aus Bochum schreibt dazu (in eben jener Broschüre):

"Jetzt komme ich zu meinen Erwartungen, die ich den Leuten gegenüber habe, die sich mit Aussageverweigerung beschäftigen. Setzt euch solidarisch mit den Vorgeladenen auseinander. Versucht die Situation, in den Knast zu gehen emotional so weit es geht, an euch heranzulassen. Guckt, ausgehend von eurem eigenen Standort, was es bedeutet folgende Sachen in eure Entscheidung einzubeziehen:

- die eigene politische Einschätzung
- die ökonomische Situation: evtl. Verlust von Wohnung Arbeitsplatz, Anspruch auf Arbeitslosenhilfe usw.

TUNNEL

Tiergartentunnel vor Gericht!

Die **Anti-Tunnel-GmbH** bereitet seit einem Jahr eine Klage gegen ein Zerstörungsprojekt der "Superlative" vor: die "Verkehrsanlagen im Zentralen Bereich", sprich Tiergartentunnel für Eisenbahn, autobahnähnliche Straße und überflüssige U-Bahn samt Zentralbahnhof am Lehrter Stadtbahnhof. **Es gilt nicht nur, den zentralen innerstädtischen Erholungspark Tiergarten vor der Zerstörung zu bewahren** (z. B. durch die bis zu 40 Meter breite, offene Baugrube des Autotunnels entlang der 'nur' 18 Meter breiten Entlastungsstraße, Trockenstreß und Grundwasserschwankungen), **sondern auch, die Innenstadt vor dem totalen Verkehrskollaps und Berlin vor dem Bankrott zu bewahren.** Schon die offizielle Baukostenerwartung *vor* Baubeginn beträgt nicht weniger als ***viereinhalb Milliarden Mark***! (*Alles* zahlt auch nicht der Bund, der im übrigen ebenfalls *unsere* Steuergelder verschleudert.)
Eine Klagegemeinschaft aus vom Projekt direkt betroffenen AnwohnerInnen und den Naturschutzverbänden hat gute Chancen, der Tunnelplanung und dem ab Oktober geplanten Bau ein definitives und wirkungsvolles Ende zu setzen. Dem Senat und der DB AG sind nämlich bei ihrem Riesenprojekt aufgrund des enormen Zeitdrucks, der auf ihnen lastet, zahlreiche, z. T. schwerste Verfahrensfehler unterlaufen. In erster Linie ist das gemeinsame Planfeststellungsverfahren für die völlig verschiedenen Projekte *rechtlich unzulässig*. Mit dem gemeinsamen Planverfahren ist darüberhinaus versucht worden, das Berliner Verbandsklagerecht der Naturschutzverbände, das auf Rot-Grün mit der Umweltsenatorin Michaele Schreyer zurückgeht, auszuhebeln. Für die Naturschutzverbände wird außerdem Klagebegründung sein, daß die rechtlich vorgeschriebene "Umweltverträglichkeitsstudie" von Prof. Klaus Neumann jeder Beschreibung spottet, und daß Senat und Bahn die tatsächlich zu erwartenden Umweltschäden nicht nur öffentlich, sondern auch in den verbindlichen Plangenehmigungsunterlagen herunterspielen und ausblenden.
Die AnwohnerInnen werden sich gegen Lärm und Luftschmutz wenden, die ihnen die "Verkehrsanlagen im Zentralen Bereich", die auch eine 6 km lange (überflüssige) oberirdische Bahnstrecke enthalten, bescheren würden.
Anwohner und Naturschutzverbände werden die vom Senat und der Bahn *schlampig und manipuliert durchgeführte* (rechtlich vorgeschriebene) *Prüfung von Alternativen zum Tunnelprojekt* angreifen.
- Konkret soll vor dem Bundesverwaltungsgericht Klage erhoben werden gegen den im September erwarteten Planfeststellungsbeschluß. Gleichzeitig soll der Baustopp bis zur Entscheidung des Verfahrens (nach 1-2 Jahren) beantragt werden. Über diesen Antrag auf Baustopp würde das Gericht nach 2-3 Monaten entscheiden.
Der erfahrene Umweltjurist Dr. Reiner Geulen hat die anwaltliche Vetretung übernommen.
Um das zu ermöglichen, werden aber noch mehrere zehntausend Mark benötigt! Für größere Summen sind auch *Bürgschaften* für die bei Verlieren des Prozesses zu bezahlenden, festgelegten Gerichts- und Anwalts-Gebühren äußerst hilfreich.

Bitte spendet auf das Konto des BUND, Kto.-Nr. 42 42 88 00 00, bei der Grundkreditbank, BLZ 100 205 00, auf keinen Fall das Stichwort "Tunnelklage" vergessen! Die Spenden sind steuerabzugsfähig.

Für die Klagegruppe Jan Werner (BI Westtangente)
Kontakt zur Klagegruppe: 611 59 94/396 21 61/795 16 20
Büro der Anti-Tunnel-GmbH: 229 16 45

FLÜCHTLINGE

Z.B. ELISABETH'S AFRICAN SHOP VORSICHT BULLEN!!!

Diese Information richtet sich vor allem an illegalisierte Flüchtlingsfrauen und -männer und an Leute/Gruppen, die zu ihnen Kontakt haben.
Seit Juli gibt es verstärkt Bullenkontrollen in African Shops, mit dem Ziel, Leute ohne Papiere festzunehmen und abzuschieben. Seit August/September sind in Berlin 120-150 Bullen spezialisiert darauf, hier illegal arbeitende und lebende Menschen aufzuspüren und abzugreifen.

Am 2.8.95 gab es zum wiederholten Mal eine Razzia in Elisabeth's African Shop in der Schwedenstraße (Wedding). Von allen, den dort arbeitenden sowie der Kundschaft, wurden die Papiere kontrolliert, die Leute, die keine Papiere hatten wurden festgenommen (c.a. 5 Leute). Nachdem eine Frau, die dort arbeitete einem Bullen eine Ohrfeige verpaßte, wurde sie massiv von mehreren Bullen zusammengeschlagen. Zudem nahmen die Bullen die Tageskasse mit. Die Frau hat sich mit einem Anwalt in Verbindung gesetzt. Was mit den Festgenommenen passiert ist wissen wir bisher nicht.
Ein Effekt dieser Sache ist, daß viele illegal hier lebende AfrikanerInnen sich berechtigterweise nicht mehr trauen, in diesen (und auch andere) shop zu gehen. Das ist sowohl ein sozialer Verlust, da ein Ort der Kommunikation verlorengeht, als auch ein finanzieller Verlust für die shops.
Dennoch ist es zur Zeit ein zu hohes Risiko für Illegale dort hinzugehen !
Bitte gebt diese Information weiter, und geht doch mal in Elisabeth's African Shop einkaufen, sofern Ihr hier einen legalen Status habt !

BLEIBERECHT FÜR ALLE !!!

ABSCHIEBEKNÄSTE AB IN DIE LUFT oder
FÜR DIE, DIE SIE BAUEN LASSEN !!!

SOLIDARISCHE GRÜßE AN DAS "K.O.M.I.T.E.E." !!!

YORCK

DAS ÜBLICHE

Wir, einige aus dem **Hausprojekt Yorckstr. 59** wollen nun endlich mal vermitteln, wie es dazu kam, daß wir die nächsten 5 Jahre hier wohnen bleiben können. (Zur Geschichte bis Sommer '94 siehe Interim Nr.291) Und wir versuchen, unsere Gratwanderung zwischen Betroffenheitspolitik (was oft Realpolitik heißt) und Kampf gegen Spekulanten allgemein, darzustellen. Wir denken, daß durchaus auch andere aus unseren Erfahrungen lernen können.

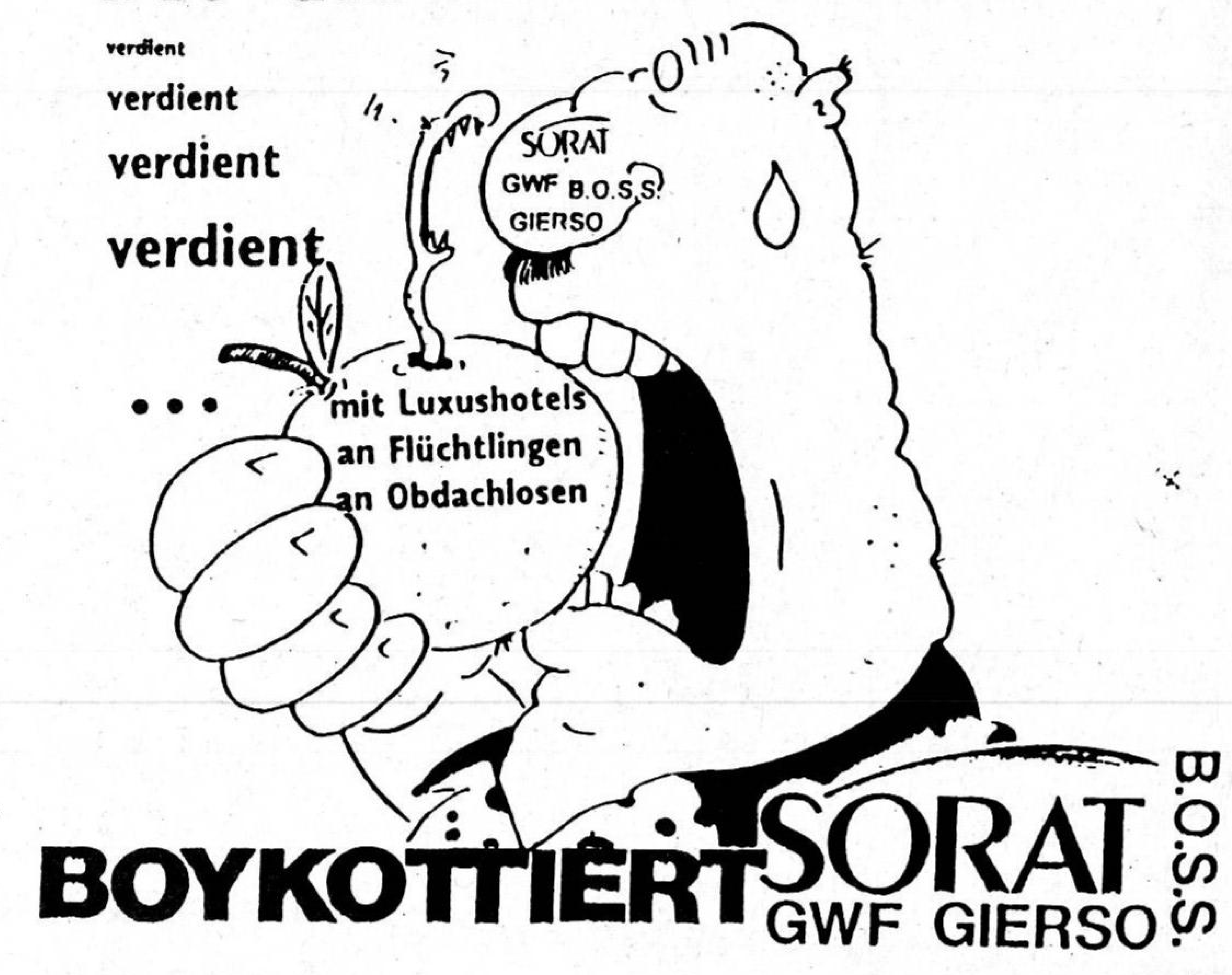
Also nochmal zurück ins Jahr 1994:

Im Sommer letzten Jahres sah es noch gar nicht danach aus, daß wir unsere Hausbesitzer dazu bringen könnten, die Mieterhöhung von zunächst einer Ver-4-fachung unserer alten Miete zurückzunehmen oder sehr weit zu drücken.
Stand im letzten Sommer war, daß wir durch eine Vielzahl von Aktionen und Pressearbeit die Besitzerfirma Labani KG - aus dem Penz/Garski-Umfeld - dazu gebracht hatten, den Verkauf des Hauses zu verkünden. Wie wir in der Folge feststellten, blieb die Labani KG Hausbesitzerin, lediglich der Kapitalanteil von Claudia Garski war ersetzt worden und der Geschäftsführer ausgetauscht. Der Verkauf war also nur vorgetäuscht, um den skandalträchtigen Namen Garski aus dem Rennen zu ziehen. Jedoch gab sich , wie angekündigt, die Hausverwaltung GWF (Penz/Garski-Firma) geschlagen. Die "Berlinische Liegenschaften", die nun mit der Hausverwaltung beauftraft wurde, hat personell nichts mit der Penz/Garski-Bande zu tun (siehe Kasten).

Sie schickte uns Ende Juni einen "Nachtrag" zum Mietvertrag zur Unterschrift zu, wo drinstand, daß unsere Miete für die nächsten 2 Jahre nun doppelt so hoch wie vorher sein sollte. (Erhöhung also "nur" auf 10-, statt 16,50 DM/qm)

Es folgten mehrere Monate, in denen auf der einen Seite ständig Briefe zwischen unserem Rechtsanwalt und der Hausverwaltung hin und her gingen und wir auf der anderen Seite versuchten, durch weitere Öffentlichkeitsarbeit den Druck auf sie zu erhöhen.
Die Aktionen im Herbst (z.B. 3 Kundgebungen vor der Hausverwaltung, Q-Damm-Demo mit der Marchstr.) waren jetzt konkreter gegen den Sitz der Verwaltung und Labani gerichtet, die mittlerweile bei der Hausverwaltung in der Uhlandstr. residierte.
Mit unserem permanenten Auflaufen in der Uhlandstr. wollten wir sie nerven und die weiterhin vorhandenen Verstrickungen von Labani (ausgehend von der Firmeninhaberin Ingrid Theisinger-Schröder) mit der Penz-Garski-Bande aufzeigen; und natürlich auch deren Machenschaften anprangern.

Parallel dazu kamen von der Hausverwaltung Fristen, Drohungen zur Kündigung des Mietverhältnisses wegen Unzumutbarkeit, weitere Fristen, Konstatieren des Scheiterns der Verhandlungen, erneute Fristen für Gegenangebote...



Einsteinufer 63-65
Sorat; Gierso; Pegabau; Eltec; CeGe; CBN; P+P; GWF; EINSTEIN Immobilien; P.E.P

Uhlandstr. 20-25
Gesellschaft für Berlinische Liegenschaften; Labani; Tectum; Sorger, Buth & Koschig; Brumm & Rott

Schöneberger Ufer 75-77
B.O.S.S. Sicherheitsdienste, Reinigungsdienste, Handels- und Vertriebsgesellschaft

Mit dem Erfolg, daß wir es zumindest schon geschafft hatten, die Mieterhöhung ein erstes Mal zu drücken, nahm die Hoffnung zu, daß es bereits zu diesem Zeitpunkt auf dem Verhandlungsweg auf eine bezahlbare Miete hinauslaufen könnte. Zu Beginn der Auseinandersetzungen um unsere Strategie hatten wir den juristischen Weg (Verhandlungen, dann folgende Gerichtsprozesse) lediglich als Zeitgewinn betrachtet, um genügend politischen Druck aufbauen zu können. Daß sie sich schon in der ersten Phase auch nur annähernd auf unser Limit zubewegen würden, hatten die wenigsten vermutet.

Jetzt gab es 2 Möglichkeiten:
- Wir zeigen uns in der Miethöhe nochmal flexibel, um die geringe Chance, schon jetzt zu einem tragbaren Ergebnis zu kommen, nicht zu vertun;
- oder wir beharren auf unserem Angebot (Erhöhung gemäß Wohnmietrecht um 30% der Kaltmiete = unsere interne "Obergrenze"), lassen die Verhandlungen zur Not scheitern und erkämpfen durch weiteren politischen Druck ein für uns günstigeres Ergebnis - schließlich hatten sie ja schon ein Stück nachgegeben.

Jedoch war es kaum möglich, diese Diskussion politisch zu führen, da die Angst, letztendlich rauszufliegen, für viele bestimmender wurde. Es schien vielen ein zu hohes Risiko, unsere Wohnform als politisches Hausprojekt mit großen WG's und Büro- sowie Veranstaltungsetagen mit der 2. Option aufs Spiel zu setzen.



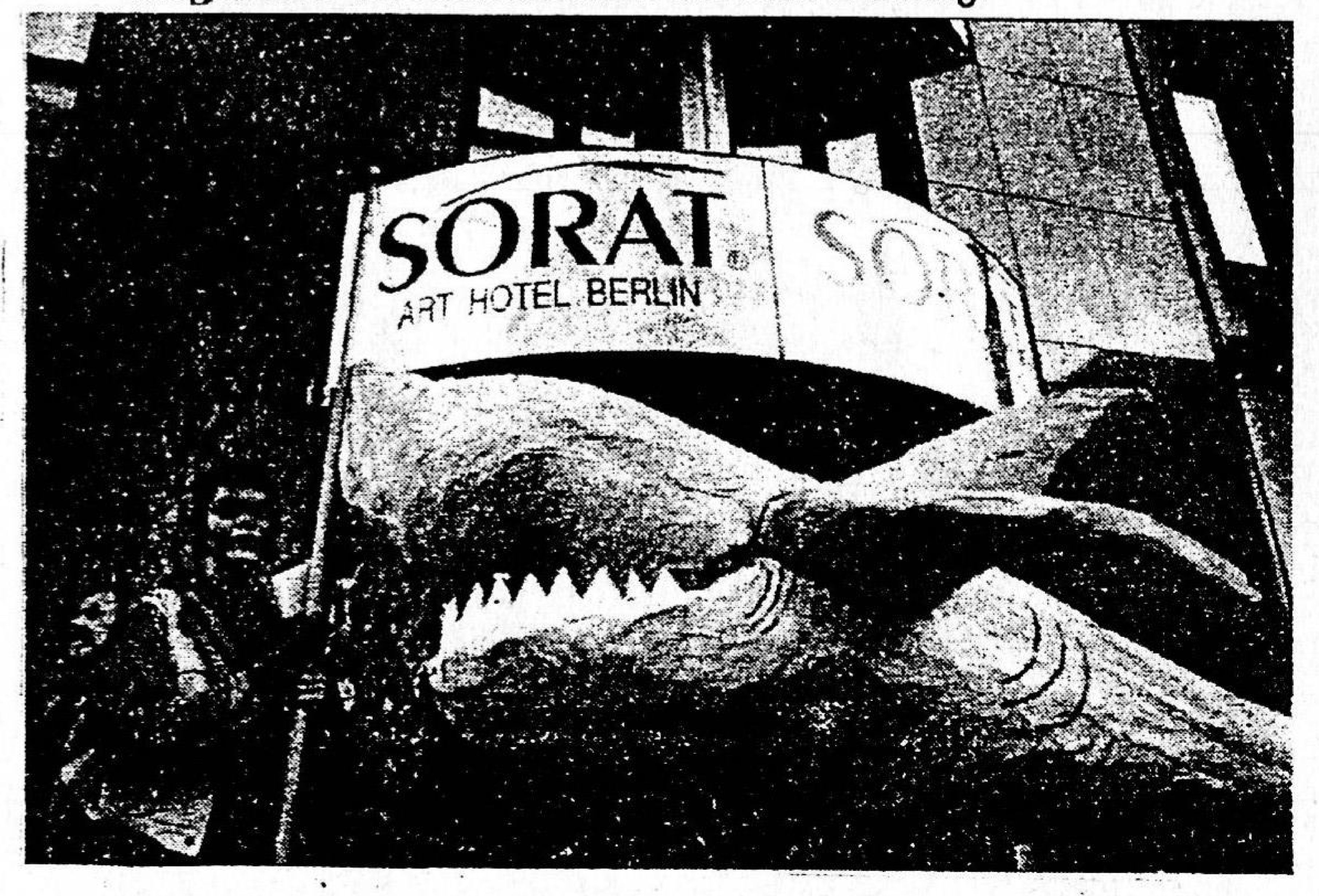
Aufsteiger Maske * Mit Ehefrau Manuela und Sponsor Helmuth Penz vor ihrer neuen Villa in Frankfurt/Oder.

Viele konnten sich nicht vorstellen, daß wir und unsere UnterstützerInnen das nötige Durchhaltevermögen aufbringen. Da nutzte auch der Bezug auf den erreichten Teilerfolg, die Schwachstellen des Penz-Garski-Clans und die Ideen für weitere Aktionen nix.

So nahmen die endlosen Diskussionen um eine "tragbare" Miete und die Taktik gegenüber der Hausverwaltung immer mehr Raum ein. Von einigen wurden intensiver Initiativen gestartet, PolitikerInnen im Bezirksamt dazu zu bringen, sich für den Erhalt des Hauses einzusetzen. Schließlich ging und geht Garski im Bezirksamt ein und aus (2 SORAT/GIERSO-Heime sowie mehrere Gewerbegebäude der Bande befinden sich in Kreuzberg). Anfangs hatten die Kontakte ins Bezirksamt lediglich dazu gedient, Infos über Penz/Garski rauszukriegen, die wir teilweise auch bekamen. Nun suchten wir als Haus nach konkreter Unterstützung für die Verhandlungen bei scheinbar uns wohlgesonnenen PolitikerInnen. Politische Bedenken und das Argument der schlechten Erfahrungen anderer wurden gegeneinander abgewogen. Besonders am Bezirksbürgermeister Strieder (SPD) polarisierten sich die Meinungen, da er manchen im Haus politisch zuwider ist. Doch die meisten konnten sich ein Funktionalisieren vorstellen, auch weil er sich brieflich der Hausverwaltung gegenüber positiv zum Erhalt der Yorck geäußert hatte.

Auf unser Drängen nach mündlichen Verhandlungen und nachdem sich der Superintendent der ev. Kirche von Kreuzberg Lothar Wittkopf als neutraler Vermittler anbot, brachten wir am 8.11. dann die Hausverwaltung an den Verhandlungstisch. Eingeladen waren zusätzlich einer von der Mietergemeinschaft, Strieder und der BVV-Vorsteher Becker (SPD). Dazu eben Wittkopf, ca. 30 BewohnerInnen und NutzerInnen (ARI, AFI) der Yorck und der Rechtsanwalt der Labani, Rainer Kröger. Im Vorfeld hatte die Hausverwaltung Strieder und Wittkopf ein von ihnen penibel angelegtes "Dossier" über den Hauskampf mit Fotos von "Schmierereien" samt genauer Auflistung der "Tatorte" vorgelegt ---
---Sehr lustig!---

Strieder stürmte verspätet samt zwei Bodyguards herein und verlangte scheinheilig von uns eine Distanzierung von den Wandparolen bevor er sich an der Verhandlung beteiligen würde. Als wir das nicht taten, dampfte er sofort ab.
Das Treffen endete mit einem neuen Angebot von Kröger: 8,50 DM/qm.
Unsere politische und ökonomische Grenze hatten wir zuvor auf 6,50 DM festgelegt, das entsprachen wie gesagt 30% Erhöhung der Kaltmiete.
Diejenigen setzten sich durch, die meinten, daß wir auf Krögers Angebot nicht eingehen sollten, aber die überwiegende Mehrheit war mittlerweile bereit, bei 'ner Mark weniger pro qm (also 7,50DM) den Vertrag zu unterschreiben, statt die Auseinandersetzung mit den Spekulanten weiter zu verschärfen. Argumentiert wurde für das Abrücken von den 6,50 auf dem Hintergrund der relativen ökonomischen "Flexibilität", also individueller ("besser als rauszufliegen und vereinzelt oder in Klein-WGs mindestens genausoviel zahlen") bzw. mit der Möglichkeit der hausinternen Mietumverteilung.



Aktion vor dem Hotel Joachimstalerstr.

Dagegen haben andere an ihren grundsätzlichen politischen Argumenten, gegen ein Nachgeben zu diesem Zeitpunkt, festgehalten, weil diese nicht auf der persönlichen ökonomischen Ebene lagen. Es ging nur noch wenigen um den Punkt, den Spekulanten jetzt noch nicht bis zu unserer äußersten Belastbarkeit nachzugeben, weil politisch noch mehr rauszuholen wäre ("nicht klein beigeben, wir sollten ihre momentane Schwäche noch nutzen; die Miete ist eh schon zu hoch")

In der 2. Verhandlungsrunde am 5.12. gab es den Kompromiß über 7,50 DM/qm für 5 Jahre Laufzeit (das zu kippen hatten wir nicht geschafft). Für die meisten war das ein relativ widerspruchsfreier Erfolg.

Konkret heißt der Verhandlungsabschluß für die Yorck 59:
wir bleiben erstmal 5 Jahre sicher drin und sind den Hauskampf für diese Zeit los. Wir haben eine leicht differenzierte Miete für uns Wohnis, können die Veranstaltungs- und die Projektetage (je ca 250qm) aber nur halten, wenn wir sie anders als bisher (über unsere Miete) finanzieren. D.h. wir sind gezwungen, den ökonomischen Druck unserer Hausbesitzer auf die NutzerInnen (politische Projekte, Sportgruppen, KünstlerInnen, sporadische NutzerInnen) abzuwälzen.

Vom Hauskampf übrig geblieben ist kaum etwas. Von den ca 2/3 Yorckies, die sich in der einen oder anderen Weise um den Erhalt des Hauses bemüht hatten, haben die allermeisten sich wieder ihrer sonstigen politischen Arbeit zugewandt oder machen, wie zuvor, nur sporadisch was oder nix. Die positive Erfahrung, mit unseren vielfältigen Aktivitäten - die oft viel Spaß gemacht haben - endlich mal wieder was erreicht zu haben, schlagen sich unserer Einschätzung nach nur für wenige in einem stärkeren (politischen oder sozialen) Bezug aufeinander nieder. Das Thema Umstrukturierung/ Vertreibung/ Spekulanten, das in unserer Politik Bezugspunkt und Ansatz für die Vernetzung und Solidarisierung mit anderen in der Stadt war, bietet nur noch sehr wenigen eine Perspektive. An dem Punkt sind wir also erstmal ruhiggestellt - das was sie ja wollten!

Jetzt noch was zu unseren "Kampfbedingungen"!:
Wir denken, daß die Ausgangsbedingungen unseres Mietkampfes recht untypisch waren und daher kaum zu verallgemeinern sind.
Meist reicht ja die gemeinsame Betroffenheit als MieterInnen eines Hauses nicht, um sich gemeinsam gegen die Spekulanten zu verhalten: kein gemeinsamer politischer Nenner, Anonymität, verschiedene ökonomische



Kein Bedarf: *Immer mehr Bürogebäude*

Bedingungen, Ängste alleinzustehen und rauszufliegen, keine oder wenig Erfahrung mit Medien, PolitikerInnen, MieterberaterInnen usw.
Als Hausprojekt, deren BewohnerInnen sich überwiegend als politisch links(radikal) begreifen, mit großen Wohngruppen, mit dem Anspruch und der Erfahrung von kollektivem Handeln, mit dem relativen Bekanntheitsgrad in der Szene und der linken Öffentlichkeit, mit dem Einigen gewohnten Umgang mit Presse und Öffentlichkeitsarbeit ----waren die Voraussetzungen eher ideal.

Grade deshalb (und auch weil uns der Hauskampf oft Power gegeben hat, wir viel gelernt haben), denken wir SchreiberInnen, daß wir den Konflikt noch hätten verschärfen können und müssen.

Wir waren zwar nach den Verhandlungen auch erstmal froh, den Streß loszusein - besonders nach den hausinternen Auseinandersetzungen. Doch durch die höhere Miete ist für uns und künftige BewohnerInnen (besonders MigrantInnen) der ökonomische Spielraum enger geworden. Die Gruppen und Einzelne, die vorher die Büro- und die Veranstaltungsetage umsonst nutzen konnten, müssen jetzt - da wo es geht - zahlen; z.B. Miete für feste Projekträume oder Disco für **Die Miete** statt Solifeten.
Daß wir diesen (auch politischen) Preis zahlen, ist nicht unbedingt ein "persönliches Armutszeugnis" der Einzelnen, sondern spiegelt auch die Angst vor Vereinzelung und Wohnungsverlust sowie die mangelnde politische Perspektive angesichts des Kräfteverhältnisses in der Stadt wider. Die teils jahrelange oft positive Erfahrung in Groß-WGs, in nem Hausprojekt mit persönlichen und politischen Bezügen führt offensichtlich eher zu Verlustängsten und Pragmatismus als zu einer kämpferischen Stimmung.

SCHADE EIGENTLICH !

Vorsicht - Dokumentation

Dies ist lediglich ein Beispiel, wie irregeleitete junge Menschen voll guten Willens nicht mehr erkennen, wo die Gewaltverhältnisse in dieser Gesellschaft verlaufen. Die einfache, klare Sichtweise geht ihnen verloren in ihrem überaus moralischen Anliegen für eine vermeintlich bessere Welt. Ihre ganze Energie stecken sie in ein betont sektiererisches Projekt und versuchen dazu noch, andere Menschen von der Wichtigkeit ihrer Ansichten zu überzeugen. Bitte, liebe Eltern, FreundInnen, MitschülerInnen, MitbewohnerInnen, MitdemonstrantInnen und alle anderen, helft mit, diese jungen Menschen von ihrem fatalen Weg abzubringen und ihnen den Weg zurück in die autonome/linksradikale Szene zu erleichtern.

Kampf dem Patriarchat

Die Plakataktion

Sinkende Umsatzzahlen, Vegetarismus- u. Veganismusdebatten in den Medien. Fleischskandale, BSE und Pest. Die Fleischindustrie bekommt es scheinbar mit der Angst zu tun und schlägt mit einer platten Werbekampagne zurück.
Die Centrale Marketing Agentur der Agrarwirtschaft (CMA) in Bonn, eine bundesnahe Einrichtung mit gesetzlichem Auftrag, die Ansprüche der deutschen Foodindustrie durchzusetzen, hat zu Beginn dieser Woche eine Werbekampagne mit insgesamt neun Motiven geschaltet.
Motto: Wer Fleisch ißt, kann auch gut ficken.
Manfred Hauser, CMA-Produktmanager:
"Wir wollen vor allem die jungen Menschen ansprechen, schlicht, ohne Belehrungen den Individualismus betonen."



Na dann DANKE!
Laßt uns denen die (Blut)suppe versalzen und bundesweit die Plakate überkleben, übersprühen und neu gestalten.
Denkbar sind z.B.:

Tiere fühlen - Tiere leiden

Vegetarisch / Vegan - Tu' Dir was Gutes.

Viva vegan

Fleisch ist Mord!

Go vegetarian.

„Ich mag es am liebsten als Gekacktes."

Eat yourself!

...

gut machen sich auch Schablonen. Kreativität kennt keine Grenzen!

Rechtliches: Das Gestalten der Plakatflächen ist verboten und kann mit einem Bußgeld und/oder Schadensersatzforderung geahndet werden.
Der Aufruf dazu ist ebenfalls strafbar. Also Vorsicht!

Auch Sprüche an der Wand verändern dieses Land

Bitte weiter-geben, -kopieren, -faxen

S.A.P.: Tierrechtsaktionsgruppe Liselotte 16

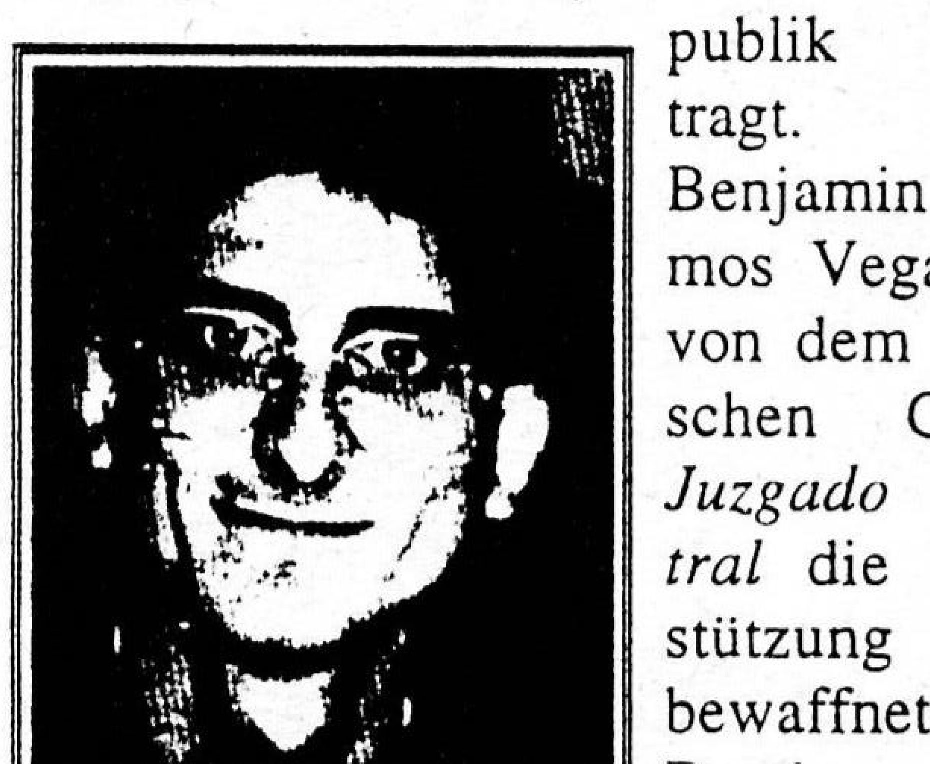
INFORMATIONSBLATT ZUM AUSLIEFERUNGSVERFAHREN VON

Benjamin Ramos Vega

Im Januar 1995 wurde in Berlin der spanische Staatsbürger Benjamin Ramos Vega festgenommen und sitzt seit dem in Auslieferungshaft. Die folgenden Informationen sollen dazu beitragen, daß die politischen Hintergründe des Auslieferungsverfahrens und die Menschenrechtssituation in Spanien bekannt werden, damit die Auslieferung von Benjamin Ramos Vega an Spanien verhindert wird.

DER STAND DER VERFAHREN

Gegen Benjamin Ramos Vega laufen drei Verfahren. Das Auslieferungsbegehren Spaniens, ein weiteres Verfahren ist wegen Urkundenfälschung eingeleitet worden, zudem hat Bejamin Ramos Vega politisches Asyl in der Bundesrepublik beantragt.



Benjamin Ramos Vega

Benjamin Ramos Vega wird von dem spanischen Gericht *Juzgado Central* die Unterstützung einer bewaffneten Bande, Lagerung von Waffen und Besitz von Sprengstoffen vorgeworfen. Benjamin Ramos Vega wird der Vorwurf gemacht, logistische Unterstützung für das Comando Barcelona der ETA geleistet zu haben.

Tatsächlich hat Benjamin Ramos Vega sich stets für die Belange des baskischen Volkes eingesetzt und politische Solidarität praktiziert.

DIE POLITISCHE BIOGRAHIE VON BENJAMIN RAMOS VEGA

Benjamin Ramos Vega ist 33 Jahre alt. Seine Familie stammt aus der westspanischen Provinz Caceres, emigrierte jedoch Anfang der 70er Jahre auf der Suche nach Arbeit in das industrielle Katalonien. Benjamin Ramos ist das zehnte Kind. Bevor er im Mai 94 fliehen mußte, wohnte er in Granollers, einem Vorort von Barcelona, und arbeitete in der Verwaltung einer Textilfirma.

Als Jugendlicher hatte er sich bereits aus der Ablehnung des Franco-Regimes zum Antifaschisten entwickelt. In Katalonien beteiligte er sich ab Mitte der 70er Jahre an der dortigen linken Unabhängigkeitsbewegung. Er engagierte sich im Verein der Angehörigen der politischen Gefangenen und in den Freundschaftsvereinigungen mit den unterdrückten Völkern in Palästina, in der Westsahara, auf den Kanarischen Inseln und besonders in Euskadi/Baskenland.

1986 und 1989 unterstützte Benjamin Ramos die Europawahlkampagnen der linken baskischen Unabhängigkeitspartei Herri Batasuna als Wahlhelfer in Katalonien. Seit 1987 nahm er jedes Jahr an den Solidaritätsmärschen zum Hochsicherheitsgefängnis Herrera la Mancha teil, wo zeitweise bis zu 600 baskische politische Gefangene inhaftiert waren. Seit 1990 engagierte sich Benjamin Ramos auch in der Solidarität mit den katalanischen politischen Gefangenen und nahm unter anderem 1991 an einem öffentlichen Hungerstreik für ihre Freilassung in Barcelona teil. Mit mehreren baskischen und katalanischen Gefangenen stand er in Briefkontakt und besuchte sie regelmäßig. 1991 wirkte er als Mitarbeiter eines Anwalts aus Barcelona an der Aufklärung der Todesumstände eines Katalanen und eines Basken mit, die von der Guardia Civil als mutmaßliche Angehörige des Comando Barcelona der bewaffneten baskischen Organisation ETA angeschossen wurden und wegen mangelnder medizinischer Versorgung verstarben

Solidaritätskomitee
Benjamin Ramos Vega
Wilhelm Straße 9, 10963 Berlin
[Tel/ Fax (030) 251 85 39]

Rote Hilfe Berlin
c/o Nachladen
Waldemar Straße 36
10999 Berlin

Keine Auslieferung von Benjamin Ramos Vega

B. R. VEGA

Hinsichtlich des Auslieferungsverfahrens ist vom Auswärtigen Amt eine Stellungnahmen zu der politischen Situation in Spanien angefordert worden. Insbesondere in Bezug auf dem Menschenrechtswidrigen Umgang mit Personen, denen Zugehörigkeit oder Unterstützung der ETA vorgeworfen wird. Die Verteidigung hat umfangreiche Unterlagen über die Haltlosigkeit des gemachten Vorwurfs und die politische Situation insbesondere wegen der Folter in spanischen Gefängnissen dem 4. Strafsenat des Kammergerichts Berlin eingereicht.

Vom Gericht werden zur Zeit Unterlagen über einen ähnlich gelagerten Fall in Belgien angefordert, in dem die Auslieferung von zwei Basken nach Spanien durch das zuständige Appellationsgericht verweigert wurde. Wie lange sich das Auslieferungsverfahren noch hinziehen wird, ist zur Zeit nicht absehbar. Das Verfahren wegen Urkundenfälschung bezieht sich auf einen gefälschten Ausweis, mit dem Benjamin Ramos Vega eine Monatskarte für Schüler erlangt haben soll. In diesem Verfahren ist er inzwischen zu 100.- DM Bußgeld verurteilt worden. Das Asylverfahren ist zur Zeit in der Schwebe und steht zur Entscheidung an. Zur Zeit prüfen die zuständigen Behörden die Unterlagen über die politische Verfolgung und Folter gegen politische Gefangene in Spanien.

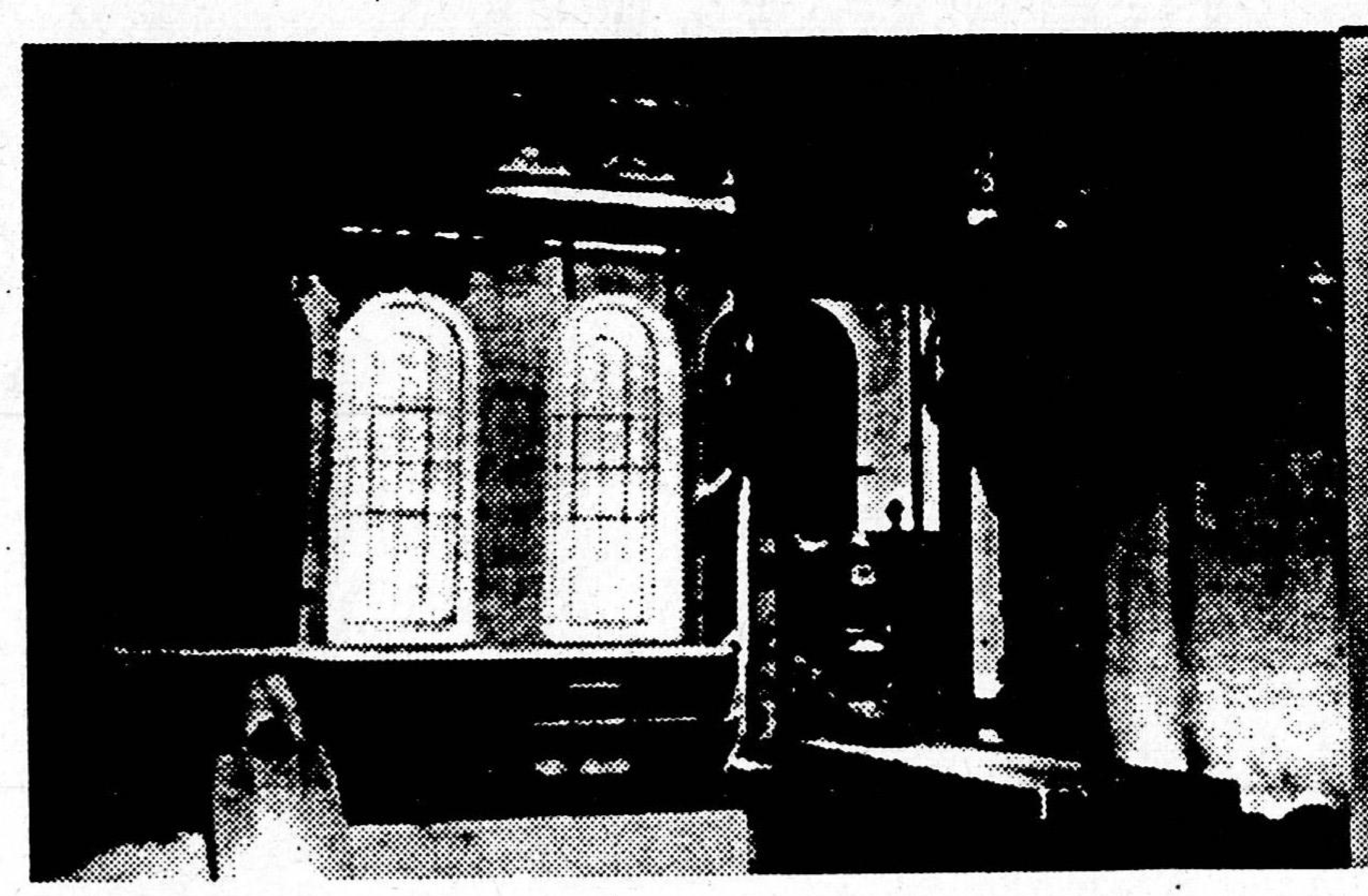
FAHNDUNG UND FESTNAHME

Im April 94 wurde ein mutmaßliches ETA-Mitglied in Barcelona festgenommen. Bei der Festnahme mißhandelte ihn die Guardia Civil. Der Gefangene wurde daraufhin fünf Tage lang von der Umwelt vollständig isoliert und in einer Polizeikaserne verhört. In dieser Zeit wurde er gefoltert. Er nannte der Guardia Civil unter der Folter zwei Wohnungen, die die ETA in Barcelona genutzt haben soll. Benjamin Ramos und seine Lebensgefährtin haben diese Wohnungen gemietet. Als der Gefangene dem Haftrichter vorgeführt wurde, widerrief er seine Aussagen und stellte Anzeige wegen Folterungen.

Benjamin Ramos floh daraufhin aus Barcelona, weil nach ihm auf der Grundlage dieser Aussagen wegen "Zusammenarbeit mit einer bewaffneten Bande (ETA)", "Lagerung von Kriegswaffen" und "Sprengstoffbesitz" mit internationalem Haftbefehl gefahndet wurde.

Im Oktober 94 kam er illegal nach Berlin, wo er am 28.1.95 verhaftet wurde. Die Festnahme war von der spanischen Polizei und dem LKA Berlin gemeinsam organisiert und wurde von dem Sondereinsatzkommando der Berliner Polizei durchgeführt. Dabei warfen die Beamten Benjamin Ramos und seine beiden Begleiterinnen zu Boden, drückten ihre Köpfe auf die Straße und hielten ihnen Schußwaffen an die Schläfen. Die spanischen und deutschen Polizisten versuchten dann, Benjamin Ramos in der Gefangenensammelstelle Gothaer Straße zu verhören, dieser verweigerte jedoch die Aussage. Er wurde daraufhin in die Untersuchungshaftanstalt Moabit gebracht, wo er seitdem in Isolationshaft sitzt.

Dringend benötigte Spenden für Übersetzungskosten und Solidaritätsarbeit an : M. Wegner, Stichwort Benjamin
Konto : 77 17 81 / 104 ; Postbank Berlin; PLZ 100 100 10



Hinrichtungsstätte

PLÖTZENSEE

Hier wurden annähernd 3000 Menschen aus 19 europäischen Staaten hingerichtet, darunter mindestens 591 Menschen aus tschechischen Untergrundorganisationen. Hier wurden die Mitglieder der "Roten Kapelle" sowie auch ZwangsarbeiterInnen wegen ihrem Widerstand hingerichtet.

"Die Toten mahnen die Lebenden"

So. den 10. Sept. ´95 **KUNDGEBUNG**

um 11.00 Uhr **Gedenkstätte Plötzensee**

Ort: Hüttigpfad

Es sprechen:

- **Franz von Hammerstein** (Ehrenvorsitzender von Aktion Sühnnezeichen / angefragt)
- **Tamara Hentschel** (Reistrommel)

Kulturelle Beiträge:

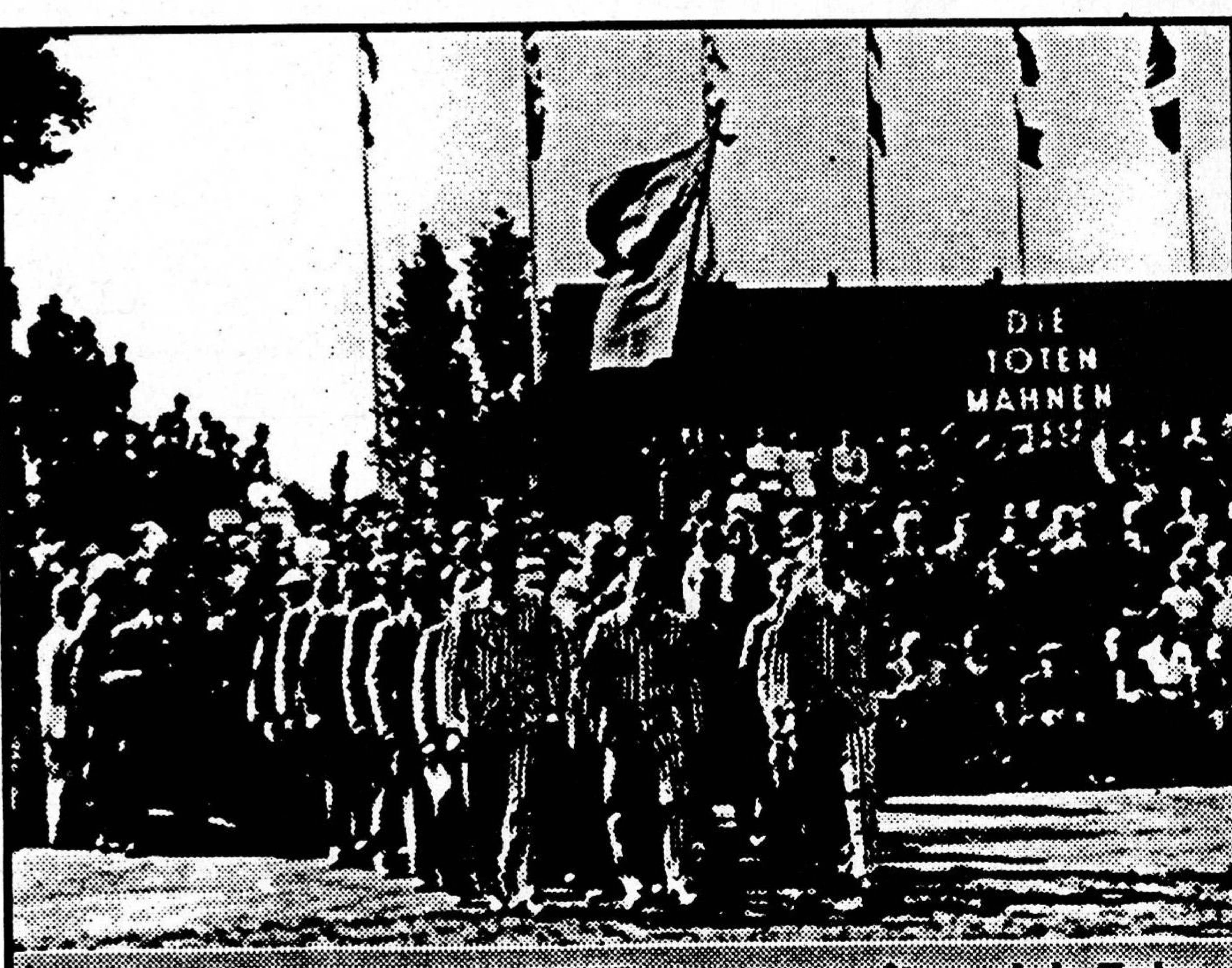
- **Hans-Beimler Chor**
- **Jutta Kausch** und **Dieter Rinkes** lesen Abschiedsbriefe

Bringt Blumen mit!

Anschließend:

FAHRRAD KORSO

zu historischen Orten von Faschismus (**Levetzowstr.**) und Widerstand (**Rosenstr.**) und aktuellen Bezügen von Rassismus (**Abschiebeknast - Kruppstr.**) zum "Tag der Mahnung, Erinnerung und Begegnung" im Lustgarten.



Am 9. September 1945 versammelten sich Zehntausende mit Opfern des Faschismus im Neuköllner Stadion an der Oderstraße. Daraus entstand die Tradition, am zweiten Septemberwochenende Veranstaltungen zur Erinnnerung an die Opfer von Faschismus und Krieg durchzuführen.

UnterstützerInnen:
Antifa-Jugendfront, Antifa-Golem, Antifa-Cafe-Wedding, Antifaschistische Gruppe im Prenzlauer Berg, Antifaschistische Initiative Moabit, Bund der Antifaschisten e. V. Berlin, Friedensinitiative Wilmersdorf, GewerkschafterInnnen gegen Faschismus und Rassismus, Infoladen Omiga, VVN/Verband der Antifaschistinnen und Antifaschisten

ViSdP: G. Hellwig, Brüderstr. 18b, 10178 Berlin

"Die Toten mahnen die Lebenden"

Unter dieser Losung trafen sich am 9. September 1945 Zehntausende mit Opfern des Faschismus im Neuköllner Stadion an der Oderstraße, das aus diesem Anlaß den Namen "Werner-Seelenbinder-Kampfbahn" erhielt.

Bis 1989 hielten AntifaschistInnen unterschiedlichster Weltanschauung und aller Generationen aus dem Westteil Berlins diese Tradition durch eine jährliche Begegnung in der Gedenkstätte Plötzensee aufrecht. Einen offiziellen Gedenktag für alle Opfer des Faschismus gibt es bis heute nicht in der Bundesrepublik. Statt dessen wurden und werden mit groß angelegten Straßenumbenennungen die Namen von AntifaschistInnen wie Clara Zetkin und Hans Beimler aus dem Berliner Straßenbild getilgt. Durch Rückbesinnung auf noch mehr Generäle und Fürsten soll die Geschichte vom Antifaschismus entsorgt werden.

Heute, fünfzig Jahre nach der Befreiung vom Faschismus bleibt der Schwur der Überlebenden von Buchenwald und Dachau "Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!" so aktuell wie damals.

Eine echte Entnazifizierung fand in der BRD nicht statt. Alte Nazis gelangten in der BRD bald wieder in Amt und Würden. Die Naziverbrechen wurden und werden von herrschenden Kräften der BRD relativiert und gerechtfertigt. Wer die an den europäischen Juden begangenen Verbrechen leugnet, kann sich von deutschen Richtern bescheinigen lassen, ein ehrenwerter Mensch zu sein. Die Erfahrung der Opfer des Faschismus, daß Flucht Leben und Überleben bedeuten konnte, führte zur Aufnahme eines Rechts auf Asyl in das Grundgesetz. 1993 hat der Bundestag dieses Menschenrecht faktisch abgeschafft.

Berliner Aktionstelephon
Freitags 16-22 Uhr
Samstags 16-2 Uhr
und bei Bedarf.
Fax

Telephon für Informationen und Unterstützung bei faschistischen und rassistischen Angriffen

394 30 23

Rassistische Übergriffe ...

Wohin Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus führen können, hat der deutsche Faschismus bis zur letzten verbrecherischen Konsequenz gezeigt. Nationalistisches und rassistisches Denken und Handeln breitet sich heute in allen gesellschaftlichen Bereichen aus.

... gegen VietnamesInnen ...

Mit groß angelegten Razzien soll der Eindruck erweckt werden, alle "AusländerInnen" seien, wie im Fall der VietnamesInnen, kriminell. Rassistische Übergriffe auf VietnamesInnen werden von der Polizei geduldet oder selbst durchgeführt. Durch diskriminierende Warengutscheine statt Bargeld werden Flüchtlinge noch weiter in ihrer Eigenständigkeit eingeschränkt und menschenverachtend entmündigt.

... und KurdInnen

Gegen hier lebende KurdInnen führt die BRD den Krieg ihres türkischen NATO-Partners mit politischen Mitteln weiter. Durch Verbote politischer und kultureller Zusammenschlüsse, durch die Nichtanerkennung als politische Flüchtlinge werden KurdInnen nicht nur rassistisch, sondern auch politisch unterdrückt. Das Zeigen kurdischer Symbole wird, wie auf der antifaschistischen Demonstration am 7. Mai 95 zum Vorwand genommen, politisch mißliebige Kundgebungen durch brutale Polizeieinsätze zu zerschlagen.

Fließende Übergänge ...

Alte und neue Faschisten sind weiterhin aktiv. Kaum gehindert von Polizei und Justiz, fühlen sie sich durch die Politik der Bundes- und Landesregierungen bestätigt.

... vom rechten Rand ...

Die Grenzen zwischen Nazi-Organisationen und den rechten Rändern der etablierten Parteien verschwimmen. Mit einem Aufruf "Gegen das Vergessen" haben CDU/CSU- und FDP-Politiker gemeinsam mit Neofaschisten versucht, die Geschichte umzuschreiben und fünfzig Jahre nach der Befreiung vom Faschismus die deutsche Schuld an Krieg und Völkermord zu leugnen. Politiker wie Heinrich Lummer oder der ehemalige Pressesprecher des Berliner Innensenators Heckelmann, Bonfert, bilden gemeinsame Gesprächskreise wie den sog. Dienstagskreis mit Faschisten. Die Berliner Junge Union protestiert gegen die Errichtung eines Mahnmals für die ermordeten europäischen Juden, weil das fünfzig Jahre nach Kriegsende nicht mehr zeitgemäß sei.

... zu Neofaschisten

So wundert es niemanden, wenn sich in Berlin verschiedene und eigentlich verbotene Naziorganisationen wie die FAP und die Nationalistische Front (NF) bei den "NATIONALEN" reorganisieren und wahrscheinlich an den Wahlen teilnehmen können.

Zur Erinnerung: Diese Organisation wollte am 9. Mai 1992 mit dem "Historiker" und Hitler-Verehrer David Irving, der die an den europäischen Juden begangenen Verbrechen leugnet, am Kapitulationsmuseum in Karlshorst eine Kundgebung durchführen. Diese wurde aber durch eine Demonstration von mehr als 8000 AntifaschistInnen verhindert.

Zwei Weltkriege sind von Deutschland ausgegangen. Fünfzig Jahre nach dem Ende des verbrecherischen Versuchs, die Völker Europas zu unterjochen, werden deutsche Soldaten wieder im Ausland eingesetzt. Die BRD ist darüber hinaus als zweitgrößter Rüstungsexporteur an fast allen kriegerischen Auseinandersetzungen in der Welt politisch und wirtschaftlich beteiligt.

Kranzniederlegung auf der Kundgebung am 9. Sept. 1945

Gegen Faschismus und Rassismus läßt sich etwas tun!

➤ **Haltet die Erinnerung an die Verbrechen des Faschismus wach!**

➤ **Unterstützt alle, die rassistischen Angriffen ausgesetzt sind!Schaut nicht weg greift ein!**

➤ **Helft Abschiebungen zu verhindern!**

➤ **Unterlauft die Warengutscheinregelungen durch den Abkauf von Gutscheinen und Waren der Flüchtlinge!**

➤ **Verhindert die Kandidatur von faschistischen Gruppen wie den "NATIONALEN" und den Republikanern! Informiert euch und protestiert bei den Landes- und Bezirkswahlausschüssen!**

➤ **Verhindert den Verkauf von Nazi-Zeitungen! Sprecht mit ZeitungshändlerInnen und boykottiert Nazi-Unterstützer!**

➤ **Verweigert alle Kriegs- und Zwangsdienste!**

Die erste politische Hinrichtung

Am 14.6.1934 wurde der Berliner Antifaschist Richard Hüttig in Plötzensee ermordet. Ihm wurde vorgeworfen am 14.6.34 bei einer Selbstverteidigung einen SA-Mann erschossen zu haben. Die Untersuchung ergab jedoch, daß dieser vor einem Gesinnungsgenossen ermordet worden war.

Selbst das Gericht konnte die Mordanklage nicht aufrecht erhalten und betonte in der Urteilsbegründung: "Das Gericht ist nicht zu der Überzeugung gelangt, daß Hüttig den tödlichen Schuß abgegeben hat."

Trotzdem wurde er zum Tode verurteilt. Der evangelische Anstaltspfarrer, Dr. Harald Poelchau, der sich um die Betreuung der Todeskandidaten verdient gemacht hatte, schreibt darüber in seinen Erinnerungen: "Es handelt sich hier um einen reinen Justizmord."

Richard Hüttig war der erste, der in Plötzensee mit dem Handbeil enthauptet wurde - wie im finsteren Mittelalter!

Hinrichtung der ersten Frau


Die erste Frau, die wegen ihrer politischen Gesinnung zum Tode verurteilt und am 20.6.38 in Plötzensee hingerichtet wurde, war Liselotte Hermann, geboren am 25. Juni 1909 in Berlin. Sie studierte in Stuttgart und Berlin.

Im Frühjahr 1934 zog sie mit ihrem gerade geborenen Sohn nach Stuttgart zu ihren Eltern. Dort beteiligte sie sich am illegalen Kampf der KPD. Am 7. Dezember 35 wurde sie verhaftet und im Juni 37 fand ihr Prozeß statt.



Die Gestapo wandte schlimmste Folterungen und grausamste seelische Martern an, um Namen von MitkämpferInnen von ihr zu erpressen. Bei einer Vernehmung ließ die Gestapo im Vorraum ein fremdes Kind "Mutti, warum kommst du nicht?" rufen. Sie drohten damit ihr Kind unter einem falschen Namen in die Zwangsfürsorge zu geben und zu einem Hitlerjungen zu erziehen. Aber sie schwieg.

Ihre letzte Äußerung zu ihrer Umgebung vor ihrer Hinrichtung war: "Es ist mir schwer zu gehen und auch von meinem Kind Abschied zu nehmen, aber noch schwerer ist es, weil ich weiß, daß unser Volk dem Krieg entgegengeht.



dementierte dieses zwar gegenüber der *Jungen Welt*, aber was Bullen so alles dementieren...

Versuch einer Einschätzung

Der Charakter des Rudolf Heß Gedenkmarsches hat sich zweifellos geändert. Hatten die Aufmärsche in Bayern noch das Ziel eine Allianz zwischen militanter Faschisten-Szene und etablierteren Altnazis bzw. reaktionären Konservativen hinzukriegen und sich als selbstbewußte vereinigte Rechte auf der Straße der Öffentlichkeit zu präsentieren, geht es nach der Verbotswelle offenbar nur noch darum mit relativ festen Strukturen und dezentralen Aktionen spektakulär in Erscheinung zu treten. Auch wenn die Aufmärsche im Vergleich zu den früheren quantitativ bescheiden wirken, sollten wir nicht zu laut aufatmen. Die Nazis haben gezeigt, daß sie in der Lage sind, um die 600 Personen relativ organisiert und z.T. am Staatsapparat vorbei durch die Gegend zu mobilisieren. Ein auch internationaler Kaderkern ist vorhanden und arbeitet relativ ungestört. Auch wenn sie keine „Massen" auf ihren Aufmärschen haben, ihre Inhalte sind nicht marginalisiert. Wer das für übertrieben hält, werfe einen Blick auf die Entwicklungen im benachbarten Österreich.

Auch wenn weite Teile des deutschen Staatsapparates momentan kein Interesse an Bildern von deutschen Nazi-Aufmärschen in der internationalen Presse haben, war es den Nazis möglich mit Reisebussen letztes Jahr nach Luxemburg und dieses Jahr nach Dänemark zu gelangen. An zu eingeschränkten Befugnissen der deutschen Polizei lag es bestimmt nicht...

Die spannenden Fragen für uns sind weiterhin:

Wie formieren sich die Nazis, insbesondere die Strukturen der GdNF nach den Organisationsverboten der letzten zwei Jahre neu?

Welchen Anteil hat der VS in dieser Formierung, wo sind Teile des Staatsapparates direkt am Aufbau einer rechten Terror-Reserve beteiligt? (z.B. Anti-Antifa, oder die sogenannten Werwolf-Strukturen)

Wie sind die personellen Strukturen vor Ort, insbesondere die Nazi-Generation der jetzt 25-40 jährigen, also diejenigen, die eine gewisse Erfahrung und Kontinuität haben; besonders interessant sind da die nicht so prominenten Kader...ein Christian Worch wird wohl kaum eine illegale Werwolf-Struktur organisieren.

D.D.

IG-Farben Hauptversammlung 1995

Frankfurt 9.8.95: Hauptversammlung des IG-FARBEN Konzerns. Während anderswo 50 Jahre Befreiung gefeiert werden, sorgen hier kleinbürgerliche AktionärInnen für ein Weiterleben eines unseligen Relikts aus dem Drittes Reich, der Interessengemeinschaft (IG) FARBEN. "An diesen Aktien klebt Blut" und "IG-FARBEN sofort auflösen, Zwangsarbeiter entschädigen", diese Forderungen prangen an den Transparenten, die 50 KritikerInnen den rund 400 AktionärInnen entgegenhalten. Nur ungern nehmen die Altnazis und JungspekulantInnen Flugblätter an. Denn sie sind nicht zum Steigenberger Avance Hotel in Frankfurt gekommen, um sich mit der Geschichte ihres Konzerns auseinanderzusetzen. Für sie stehen vielmehr die nach dem Krieg enteigneten Ostgrundstücke im Mittelpunkt, deren Rückgabe die IG-FARBEN seit dem Fall der Mauer hartnäckig fordert.

Noch ist die Kampagne „Nie wieder" nicht beendet. Weitere Unterstützer werden gesucht. Kontaktadresse: „Nie wieder", Postfach 15 04 18, 40018 Düsseldorf, Tel. 0211-333911, Fax 0211-333940. Spendenkonto: 10 17 96 10 bei der Ökobank Frankfurt, BLZ 500 901 00.

Nie Wieder!

50 Jahre Kriegsende. 50 Jahre Befreiung des KZ Auschwitz. Die Verantwortung der IG FARBEN.

Das Jahr 1995 steht weltweit im Zeichen des Kriegsendes vor 50 Jahren. Ein Thema kommt in all den vielen mahnenden Feierlichkeiten zu kurz: Die Rolle der großen multinationalen Konzerne bei Vorbereitung und Durchführung des II. Weltkrieges, vornehmlich die Verantwortung der IG FARBEN.

Mitverantwortung für Krieg und Naziverbrechen

Die IG FARBEN, der Zusammenschluß von AGFA, BASF, BAYER, HOECHST und einigen kleineren deutschen Chemiefirmen, nahm damals als weltgrößter Chemiekonzern eine führende Rolle ein. Die IG FARBEN war der größte Einzel-Finanzier der NSDAP; sie befürwortete ausdrücklich deren Kriegspläne und schaffte mit ihren Hitler persönlich gemachten Zusicherungen der Lieferung von Treibstoff, Munition etc. überhaupt erst die Möglichkeit für die Nazis, einen internationalen Krieg loszubrechen. Der Vorstand der IG FARBEN legte seine Interessen z.B. in einem Papier mit dem Titel "Neuordnung" nieder: Dort plante die IG FARBEN die (wirtschaftliche) Eroberung der Welt im Gefolge der nationalsozialististischen Heerscharen.

Die IG FARBEN mit ihren Niederlassungen, Töchtern und Verbindungen in aller Welt, auch in den USA, verdiente auf beiden Seiten der (West-)Front. Sowohl die Nazi-Bomber, als auch die Maschinen der West-Alliierten flogen mit IG FARBEN-Sprit. Die IG FARBEN verdiente an todbringenden Waffen, an Medikamenten für sterbende Soldaten, an der "Industrialisierung" des Völkermords in den KZ's, an der massenhaften Versklavung von Häftlingen und "Feindbevölkerung", an der Einverleibung aller nur irgend geeigneten "eroberten" Betriebe.

Perverse Verbrechen und Massenmord

In ihrer Profitgier hat die IG FARBEN keine Perversion ausgelassen: Für geringe Beträge von der SS "gekaufte" Häftlinge wurden in grausamen "medizinischen und anderen Versuchen im Dienste der Wissenschaft" bei vollem Bewußtsein zu Tode gequält; der Massenmord an der jüdischen Bevölkerung wurde mit dem Giftgas Zyklon B "perfektioniert"; im IG FARBEN eigenen KZ Auschwitz III (IG Monowitz) und seinen Nebenlagern wurden ca. 370 Tausend Häftlinge bis zum Tod ausgebeutet.

Während des Krieges war bei den Siegermächten unter Führung der USA der Wille entstanden, den "Blutkonzern", die Nazi-Führer und einige andere Konzerne und Großbanken vor ein internationales Kriegsverbrecher-Gericht zu stellen. Unmittelbar nach der Niederlage begannen die Vorbereitungen des Prozesses gegen die IG FARBEN unter Führung der US-amerikanischen Militärbehörden (nicht ein Manager der IG FARBEN fand sich in der Sowjetzone). Doch überraschend wurde der US-Staatsanwalt selbst Opfer mächtiger IG FARBEN-Kräfte in den USA und des Wandels in der politischen Strategie der Westmächte hin zum Kalten Krieg. Der Chef-Ankläger wurde seiner Mittel beraubt, die Anklage verwässert und er persönlich als "Kommunist" diskreditiert.

Milde Strafen

Trotzdem kam es im Juni 1947 noch zum Prozess. Doch: Alle Angeklagten kamen trotz erdrückender Beweislast mit lächerlichen Strafen bzw. sogar mit Freisprüchen bei bestimmten Anklagepunkten davon, nicht einer der Verurteilten mußte seine Strafe vollständig absitzen. Stattdessen nahmen sie ihre Posten in den alten IG FARBEN-Firmen und anderswo wieder auf und einige wurden sogar mit Orden der neuen Bundesrepublik ausgezeichnet. Der verurteilte IG FARBEN-Chef Fritz ter Meer z.B. war bereits 1956 wieder Vorsitzender des Aufsichtsrates bei BAYER.

Die IG FARBEN Nachfolger stellen (wie andere verstrickte Konzerne und Banken ebenfalls) ihre Geschichte von ca. 1925 bis 1952 im Hinblick auf die Verbrechen der Nazizeit lückenhaft, irreführend und/oder verharmlosend dar. BAYER, die ehemalige IG FARBEN-Schwester AGFA gehört zum Konzern, schreibt z.B. in seinen "Meilensteinen", die anläßlich des 125-jährigen Konzernjubiläums 1988 erschienen, zur "Verstrickung" der IG FARBEN in den Naziterror (dieses Wort kommt natürlich nicht vor): "Man sah ... (die Verstrickung) als Folge einer Zwangslage, in der die meisten nicht anders gehandelt hätten und gehandelt haben." Die BASF bewies noch 1991 ihr mangelndes Schuldbewußtsein, indem sie "aus Versehen" die letzten erhaltenen Überreste, Baracken, Gaskammern und Krematorien, des ehemaligen IG-FARBEN-Lagers Schwarzheide planierten.

Und heute?

Seien wir uns deshalb anläßlich des Gedenkjahres 1995 stets bewußt: Jede der IG FARBEN-Firmen BASF, BAYER und HOECHST ist heute um ein Vielfaches mächtiger und gigantischer als die IG FARBEN seinerzeit. Diese drei Konzerne handeln trotz der formalen Auflösung der alten IG FARBEN in informeller Verbundenheit auf der Grundlage gemeinsamer Profitinteressen absolut homogen. Dafür stehen u.a. die Vermeidung jeder existenzgefährdenden Konkurrenz ebenso wie die Kontinuität beim gemeinsamen Besitz alter IG FARBEN-Werke im Ausland und die Teilung von Führungspositionen in nationalen und internationalen Chemie-Gremien in einvernehmlichen Wechsel.

Die Profitgier der großen deutschen Konzerne und Banken hat bereits zweimal dazu beigetragen, die Welt innerhalb eines Jahrhunderts in Schutt und Asche zu legen. Die IG FARBEN hatte wesentlichen Anteil daran. Ohne Aufarbeitung der Vergangenheit besteht jederzeit die Gefahr einer Wiederholung.

Wir fordern:

- Anläßlich des 50. Jahrestages der Befreiung von Hitler und seinen Nazi-Schergen müssen die verantwortlichen Hintermänner aus der Wirtschaft in das Rampenlicht gestellt werden. Die IG FARBEN-Firmen BASF, BAYER und HOECHST und die noch immer existierende IG FARBEN i.A. müssen mit ihrer Schuld konfrontiert werden.
- Die angemessene Entschädigung aller IG FARBEN-ZwangsarbeiterInnen und ihrer Hinterbliebenen durch die Nachfolgefirmen muß endlich erfolgen.
- Die Nachfolgefirmen müssen die Finanzierung und den Erhalt der die IG FARBEN betreffenden Gedenkstätte Auschwitz und Schwarzheide sicherstellen.
- Die IG FARBEN-Nachfolger müssen endlich den freien Zugang zu ihren Archiven gewähren.
- Die IG FARBEN i.A. muß sofort aufgelöst, der Handel mit diesen "Blut-Aktien" muß sofort unterbunden werden.
- Pensionszahlungen an ehemalige IG FARBEN-Verantwortliche müssen eingestellt werden.

Herr
Bundesstaatsanwalt Griesbaum
Bundesstaatsanwaltschaft
Und
Richter am Bundesgerichtshof Beyer
Bundesgerichtshof
Herrenstraße 45a

76125 Karlsruhe

August 1995

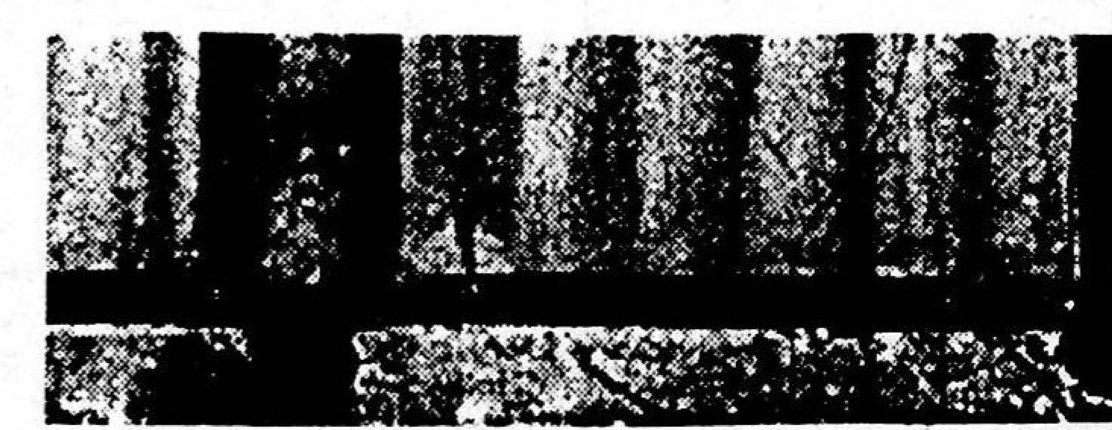
Betr. Vier Hausdurchsuchungen in der Fritzlarer Str.18 in Frankfurt, sowie Zeugenvorladungen zur BAW. Im Zusammenhang mit einem Verfahren gegen Unbekannt, wegen „Mitgliedschaft in einer Terroristischen Vereinigung und Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion", und der Drohung mit Beugehaft, bei Aussageverweigerung.

Lieber Herr **Bundesgrießanwalt Bierbaum**, Lieber **Herr Dr.** (soviel Zeit muß sein) **Bundesrichter Beuge-Beyer**.

„Bei der wachsartigen Substanz handelt es sich um Wachs"
(Unbekannter Künstler. Entnommen aus einem Beschluß zur Beschlagnahmung einer Reisetasche)

Da ich glaube, daß Sie normalerweise nicht allzuviel Post bekommen und die meisten Briefe, die Sie lesen, nicht an Sie gerichtet sind, habe ich mich entschlossen, Ihnen diesen offenen Brief zu schreiben. Immer die Post anderer Leute lesen zu „müssen", ist wahrscheinlich auf die Dauer nicht nur langweilig, sondern auch ziemlich trostlos. Mit jedem Brief, den Sie lesen und der nicht an Sie gerichtet ist, steht die Frage im Raum Warum schreibt mir eigentlich keiner? **Das ist bitter**. Dieser Brief an Sie beide ist auch der Versuch, diese Verbitterung ein wenig aufzubrechen, dennoch muß ich, um Mißverständnisse auszuschließen, von Anfang an darauf hinweisen, daß sich hieraus keine Brieffreundschaft entwickeln kann, zu empfehlen wäre hierfür eine Anzeige in einer Zeitung ihrer Wahl. Ich hoffe Sie verstehen das.
Festzuhalten bleibt auch, daß der Brief weder aus einem sozialarbeiterischen Interesse noch aus dem christlichen Gebot „liebet eure Feinde" heraus entstanden ist. Vielmehr ist er der Versuch, Ihre mißliche Lage ein wenig zu verstehen, um unsere mißliche Lage besser zu begreifen. Ausgangsfrage war also, wie kommt jemand so weit wie Sie, also in eine solch verzwickte Situation, daß er sich nicht mehr anders zu helfen weiß? Ich glaube nicht, daß es sich hierbei um ein individuelles Problem handelt. Vielmehr denke ich, daß Charakterstrukturen wie sie bei Ihnen zu beobachten sind ein gesellschaftliches Problem darstellen. Hinzu kommt in Ihrem Fall, daß sie in einer Position sind, in der sie in der Lage sind, Ihre Probleme zum Problem Anderer zu machen. Im konkreten Fall zu unserem Problem. Auch das ist nichts außergewöhnliches, sondern eher gesellschaftlich anerkannte Praxis.
Nun wie auch immer, fest steht, auch Sie haben es nicht leicht. Erfolgsdruck, Ermittlungsnotstand, Einsamkeit in einer feindlich gesonnenen Welt, all das kann bekanntlich auf den Magen schlagen und im schlimmsten Falle sogar zu Geschwüren führen, von Schlaflosigkeit möchte ich gar nicht erst reden. Auf Ihren Schultern lastet eine ungeheure Last und Verantwortung, oder zumindest glauben sie das. Es geht um die Freiheitlich Demokratische Grundordnung, um die Rettung der Bundesrepublik Deutschland, um Demokratie, um die Sicherung des Privateigentums, um Menschenrechte, um das Recht auf freie Meinungsäußerung u.s.w. u.s.w., mit einem Wort um die Rettung des Abendlandes. Große Taten erfordern große Männer, und daß man sich bei einer solch großen Aufgabe in Widersprüche verstrickt, ist nur zu verständlich. Schon ein altes Sprichwort besagt: „Wo gehobelt wird, fallen auch Späne".
Daß man zum Beispiel bei der Verteidigung des Postgeheimnissen nicht immer Rücksicht auf das selbige nehmen kann, ist doch klar, bei den Menschenrechten verhält es sich ähnlich und daß man den abendländischen Humanismus nicht mit guten Worten schützen kann, muß ja wohl jeder einsehen. Gerade die Geschichte des Christentums hat doch immer wieder gezeigt, daß das Gebot „Du sollst nicht töten" immer wieder mit der Waffe in der Hand verteidigt[1] werden mußte.
Wer das anzweifelt oder sogar behauptet, all das sei nur eine große Lüge, ist gefährlich. Daß Menschen, die die Grundwerte der Aufklärung in Frage stellen, oder sogar noch dreister, die Werte des Abendlandes von innen heraus zerschlagen wollen, indem sie behaupten, sie würden in der Tradition der Aufklärung stehen, während der Kapitalismus all dies negieren würde, bekämpft werden müssen, also meine Güte. Manche behaupten gar, der Kapitalismus sei eine Klassengesellschaft. Daß sich eine wehrhafte Demokratie gegen solche Menschen, denen nichts mehr heilig ist, zur Wehr setzten muß, also wer das nicht einsieht, dem muß Boshaftigkeit unterstellt werden. Und es gibt nicht wenige boshafte Menschen auf der Welt. Es gibt die ganz Schlimmen und die weniger Schlimmen, aber eigentlich sind die weniger Schlimmen die schlimmsten. Die weniger Schlimmen sind die schlimmsten, weil sie nicht einsehen wollen, daß die BRD sich gegen die wilden Horden Kurdistans, gegen Reisende in Sachen Gewalt, gegen terroristische Vereinigungen, gegen schwarz Vermummte, gegen skrupellose Bombenleger und körperverletzende Zeitschriften schützen muß. Schlimmer noch als die schlimmsten sind aber die, die behaupten, der Staat sei all das, was er bekämpft.
Verstehen sie mich nicht falsch, ich will mich keineswegs über Sie lustig machen, aber daß ich ihr Weltbild für verquer halte, wissen Sie sicherlich, ich würde sogar sagen, Sie haben da einiges mißverstanden, oder sie haben sich da in sowas reingesteigert. Aber auch das ist nichts außergewöhnliches, sondern eher normal, so funktioniert eben der Laden, mit anderen Worten, Sie sind auch nur zwei von den unzähligen Charaktermasken dieses Systems. Ich könnte auch sagen, nicht Sie sind das Problem, sondern das System ist das Problem. Moment, Moment nicht sauer werden, Adrenalinzufuhr stoppen..., vielleicht ne Zigarette rauchen..., entspannen.... war alles nicht persönlich gemeint, im Gegenteil, ich habe doch extra gesagt, Sie sind eigentlich nicht das Problem, also gut Charaktermaske hätte nicht sein müssen. Ja, Sie sind natürlich auch wichtig, das habe ich doch schon vorher gesagt.
Also gut, ich mach weiter bei Ihrem vermatzelten Weltbild oder mann/frau könnte auch sagen bei Ihrem dem System entsprechenden Weltbild. Also ich versuche es vorsichtig auszudrücken, ich denke Ihre Vorstellungen und Ihr daraus resultierendes Handeln könnte Zwanghaft sein. Ich will nicht gleich von paranoiden Wahnvorstellungen reden, dazu kenne ich mich zu wenig aus, aber es geht in die Richtung. Keine Sorge, Sie sind damit nicht alleine, was allerdings auch ein Problem ist. Nun gut mal angenommen, Sie leben in einem paranoiden Gedankengebäude, fühlen sich verfolgt, gejagt, und mißverstanden und müssen all dies kompensieren. Sie müssen auch Ihre eigene Unterwerfung kompensieren, Ihre Triebunterdrückung, haben eine leichte Neigung zum Größenwahn, sind einsam u.s.w., tja da staut sich was an. **Das ist nicht schön**. Da hat sich ne ganze Menge Aggressionen angesammelt. „In der Psychodynamik des „autoritären Charakters" wird die frühere Aggressivität zum Teil absorbiert und schlägt in Masochismus um, und zum Teil bleibt sie als Sadismus zurück, der sich ein Ventil sucht in denjenigen, mit denen das Individuum sich nicht identifiziert, in der Fremdgruppe also" (Adorno. Studien zum autoritären Charakter S.323). Oh oh, das hört sich nicht gut an, weder für Sie noch für uns. In Ihrem Fall sind wir wahrscheinlich die Fremdgruppe.
Die Begründungen für die letzten drei Hausdurchsuchungen in unserem Haus sind der beste Beweis meiner Annahme, wie heißt es doch so schön im Wörterbuch der Psychologie „ Der Patient ... verteidigt sein Wahnsystem mit scheinbar einleuchtenden Argumenten."(über die scheinbar einleuchtenden Argumente ließe sich in Ihrem Fall natürlich streiten).
Es ist bitter, aber verständlich, wer sein leben lang gebeugt durchs leben geht, für den ist es schier unerträglich, Menschen zu sehen, die noch nicht gebeugt sind, sie sind der ständige Spiegel ihrer eigenen Lebenslüge. Das ist hart und darum liegt es natürlich nahe, ungebeugte zu beugen und da es dafür sogar ein Gesetz gibt, liegt es doch wirklich auf der Hand, in Ihrem Fall zumindest, oder in unserem Fall: Die Beugehaft. „Wer ungebeugt durchs leben geht, macht sich strafbar im Sinne des... Aufrechtes gehen wird mit einer Freiheitsstrafe nicht unter... u.s.w." oder so ähnlich. Nun gut Herr Bundes Beuge-Beyer, Sie kennen den Gesetzestext sicherlich besser als ich, ist er doch ein Strohalm, an dem sie sich festhalten, um sich selbst zu beweisen, daß nicht sein kann was nicht sein darf. Da wir uns aber nicht beugen lassen, wird wieder einmal nur der Beuger selbst gebeugt. Bedauerlich aber wahr. Ihre zwanghaften Projektionen eigener unterdrückter Wunschträume auf uns (die Fremdgruppe), um sie dann mit aller Gewalt zu negieren und zu bekämpfen, beweist nur Ihre Hilflosigkeit und Ihren bedauerlichen Zustand. Sie wissen selbst am Besten, daß die Verhängung der Beugehaft Ihnen nur eine scheinbare und zudem vorübergehende Befriedigung verschaffen wird. Ihr Problem ist damit nicht gelöst, es wird wieder kommen, immer wieder. Sie wissen das.
Das bedauerliche ist, daß die ganze Sache eine Eigendynamik angenommen hat, die weder Sie noch wir überschauen können. Was die Beugehaft angeht, na gut da könnte mann/frau sagen, laß sie sich austoben, das legt sich mit der Zeit. Und die Beugehaft ist ja wirklich noch low level, es geht, wie der Name ja schon sagt (da sind sie wenigstens ehrlich) nur ums Beugen, also noch nicht ums Brechen, vieleicht wollen Sie die „Brechhaft" (Sie sind bekanntlich bei der Bezeichnung ihrer Paragraphen selten so ehrlich, das heißt wohl eher Isolationshaft) ja auch noch zum Einsatz bringen. Das Schlimme ist eben, daß die Beugehaft nur ein Mittel ist zur Bestätigung und Konstruktion noch größerer Wahnvorstellungen. Wer weiß schon, was Sie sich noch alles einfallen lassen.
Ich weiß, es ist hart sich das anzuhören, aber erster und wichtigster Schritt um das Problem zu lösen, ist das Eingeständnis, daß es überhaupt ein Problem gibt. Sie müssen sich im klaren darüber sein, daß sie aus Ihrem Freundeskreis (BGH, BAW, BKA, LKA, VS, Politbullen) keinerlei Hilfe zu erwarten haben. Sie sind also auf sich alleine gestellt. In diesem Sinne wäre ein weiterer guter Schritt, sich von Ihrem angestammten Freundeskreis zu lösen (Sie wissen ja Gruppenzwang, jeder will sich dem anderen beweisen und so, aber wem sag ich das). Also Augen auf, Ohren auf, und Schluß mit den ewigen Lügen, das ist die einzige Chance, denn. „Das zwanghaft projizierende Selbst kann nichts projizieren als das eigene Unglück, von dessen ihm selbst einwohnendem Grund es doch in seiner Reflexionslosigkeit abgeschnitten ist. Daher sind die Produkte der falschen Projektion, die stereotypen Schemata des Gedankens und der Realität, solche des Unheils."
(Horkheimer, Adorno. Dialektik der Aufklärung S.201)

Ein von Beugehaft bedrohter Großbockenheimer Postautonomer
Ehm ein Großautonomer Postbockerheimer, ein Autonomer Ex-Postler, scheiße jetzt hab ichs vergessen.



[1] Vorneverteidigung versteht sich. Der Verteidigungsfall ist bekanntlich Interpretationssache, und manchmal muß man sich eben schon verteidigen bevor der potenzielle Gegner überhaupt erst auf die Idee kommt, einen anzugreifen.

An 2o.7.95 bin ich nicht zum Zeugenladungstermin vor der Bundesanwaltschaft erschienen.

Die Drohung mit der Beugehaft stand bei diesem Ladungstermin schon im Raum, und der habe ich mich entzogen. Denn einmal in ihren Fängen, und seis erstmal nur für einige Monate, bedeutet, wenn sie die angefangene Konstruktion auf die Spitze treiben, als Beschuldigte in U-Haft zu verschwinden.
Ein nahtloser Übergang.

Erstmal bin ich noch "Zeugin" in einem Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt, wegen Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion (Weiterstadt) und Mitgliedschaft in einer Terroristischen Vereinigung (RAF).
Es ist das Verfahren, das ursprünglich gegen den Verfassungsschutzagenten Steinmetz lief, und wieder eingestellt wurde.
Die Situation nach der dritten Hausdurchsuchung ist folgende:
In einem Durchsuchungsbeschluß heißt es, "...sind dem Linksextremistischen Spektrum zuzurechnen. Diese Umstände begründen den Verdacht, entweder sie selbst oder dritte Personen die Motorräder oder einer von ihnen für den Transport von Sprengstoff im Zusammenhang auf die JVA Weiterstadt benutzt zu haben."

In einem anderen Beschlagnahme Beschluß wird behauptet, bei einer Tasche, "...(führte) die spätere Kriminaltechnische Untersuchung der Klopf- und Wischproben ( )zum Nachweis von Sprengstoffkomponenten, die in Vergleichbarer Zusammensetzung am Tatort des Sprengstoffanschlags auf die JVA Weiterstadt gefunden wurde."

Diese Beschlüsse lesen sich nicht wie Begründungen für Zeuginnenvorladungen, sondern wie Haftbefehle für Beschuldigte.

Dazu kommt, daß sogenannte "Indiskretionen" aus der Bundesanwaltschaft, in den Medien gemeldet wurden, Weiterstadt stehe kurz vor der Aufklärung, weil in dem Haus in dem ich lebe wichtiges Beweismaterial sichergestellt worden sei.
Und im Focus vom 17. 7.95 war zu lesen, daß im Haus der "ehemaligen Freundin" von Steinmetz, zu der ich wiederholte male gemacht wurde, in Taschen mit Weiterstadt Artverwandter Sprengstoff gefunden worden sein soll.
Solche gezielt lancierte Meldungen sollen die Öffentlichkeit auf weiter Schritte, wie z.b. Verhaftungen vorbereiten, so wie es in der Vergangenheit praktiziert wurde.

Real werde ich bedroht und mir wird signalisiert, daß ein Zugriff (Verhaftung) jederzeit möglich ist.
Denn allen Anzeichen nach soll eine Beteiligung von mir an der Sprengung des Knastneubaus in Weiterstadt durch die RAF im März 93 konstruiert werden.

Ein Ermittlungsergebnis wird produziert. Genau: "die ehemalige Freundin", hört sich gut und intim an. Die Richtung in die Mittels des Verfahrens gegen Steinmetz gezeigt wurde, war schon richtig, allerdings nicht er war beteiligt, sondern seine sogenannte "Freundin" war eigentlich dabei.

Er war als VS-Agent und Denunziant eben schon auf die "Richtigen Leute" angesetzt. Diese Meldung, "Freundin", die seit der Ersten Hausdurchsuchung immer wieder mal durch die Presse geistert, soll mich auch als Frau entwürdigen und emotional angreifen.

Die Situation ist für mich nicht mehr überschau- oder einschätzbar, denn politische Verfolgung war noch nie eine Frage des realen Sachverhalts. Deswegen habe ich mich entschieden, erstmal aus einer sicheren Entfernung zu beobachten, wie sich das weiter entwickelt, auch um mich besser dagegen wehren zu können.

Mein Leben plane ich selbst, meine Zukunft lasse ich nicht in den Händen von Irgendwelchen Bundesanwälten oder Gerichtshöfen. Ich lasse mich weder als Lückenfüllerin benutzen, noch mich in meiner Existenz als politischer Mensch tatenlos bedrohen.

Ich weiß, was das heißen kann.
'87 habe ich vor einer ähnlichen Entscheidung gestanden. Damals blieb ich da und wurde schließlich verhaftet. Nach drei Monaten U-Haft wurde ich mit Haftentschädigung entlassen.
Eben, politische Verfolgung orientiert sich an anderen Kategorien.

Heute kann es sich um Jahre drehen, auch wenn die Möglichkeit besteht, daß die Konstruktion in ein paar Monaten plötzlich fallen gelassen wird.

Ich hoffe, daß die verschiedenen Initativen und Entscheidungen sich gegen politische Verfolgungzur wehr zu setzen, diese zurückgrängt.
das gilt auch für die Anderen aktuellen Fälle, wo nach einer Großangelegten Razzia 4 Männer wegen der Zeitung Radikal in U-Haft und einer in Beugehaft ist, und nach vier weiteren Leute gefahndet wird.

Nur ein Monat nach den Gedenkfeiern "5o Jahre Refreiung vom NS Faschismus", wird zum Schlag gegen Linke Opposition ausgeholt.
Der Feind steht Links -
so werden Antifaschistinnen verfolgt,
politischen Gefangenen neue Prozesse gemacht,
kurdische Menschen gejagt, geprügelt und eingesperrt.

Ihnen allen gilt meine Verbundenheit!

August '95

andrea wolf

SOLIPARTY

lebt und lest radikal



FREITAG, 18.8. KÖPI137

Dokumentation

zu den bundesweiten Durchsuchungen und Festnahmen im Zusammenhang radikal, AIZ, K.O.M.I.T.E.E. am 13.06.1995

Eine Zusammenstellung von Texten, Stellungnahmen, Presseberichten und Diskussionen zu den bundesweiten Hausdurchsuchungen am 13.06.1995.

Wir wollen mit dieser Dokumentation etwas Licht in den chaotischen Informationsfluß bringen und zu einer Auseinandersetzung mit der politischen Bedeutung der Durchsuchungen und Festnahmen anregen.

Bezugsadresse:

Projekt
Informationsdienst Schleswig-Holstein
Bahnhofstr. 44
24534 Neumünster

Bezahlung bitte im voraus im Briefumschlag (bar, Briefmarken, V-Scheck) oder auf unser Konto:

M. Kellermann - Bank für Gemeinwirtschaft
BLZ 212 101 11 - KontoNr. 24 21 78 99 00

Zu dieser Dokumentation:

Wir veröffentlichen hier eine Sammlung von Texten und Flugblättern zu den bundesweiten Hausdurchsuchungen am 13.06.1995. Die Texte stammen größtenteils aus Nachrichtennetzen (CL. Spinnennetz). Es sind auch Abschriften von Zeitungsartikeln und aktuellen Flugblättern dabei.
Wir möchten damit etwas Licht in den eher chaotischen Informationsfluß zum Thema bringen, erheben dabei aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit und würden uns über weitere Texte freuen. Gleichzeitig wollen wir damit zu einer Auseinandersetzung mit der politischen Bedeutung der Durchsuchungen und Festnahmen anregen. Wir werten diese eher als Angriff auf linke Strukturen und "Logistik", und nicht wie von der Bundesanwaltschaft vorgeschoben auf die drei offiziellen Ziele A.I.Z., Radikal und K.O.M.I.T.E.E.
Nebenbei wollen wir zeigen, daß Nachrichtennetze eine Informationsquelle und ein Arbeitmittel für jede linke Gruppe sind.

Unsere Solidarität gilt den Gefangenen und Untergetauchten !
Anna und Arthur halten' s Maul !

Infogruppe Hamburg und Projekt Informationsdienst Schleswig-Holstein

Impressum:

Herausgegeben von: Infogruppe Hamburg, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg

Herstellung: Eigendruck im Selbstverlag
Auflage: 1000 Stück
Erscheinungsdatum: 11.07.95

Preis: 4 DM

(Überschüsse aus dem Verkauf gehen auf das Prozeß-Konto)

Eigentumsvorbehalt:

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Dokumentation solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/ dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Dokumentation der/ dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Dokumentation nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

RECHT, RASSISMUS, REVOLTE

Am 11. September geht's weiter...

Am 24.7.95 jährte sich der Tag der sog. „Elwe-Meuterei". Vor nun über einem Jahr versuchten 39 überwiegend algerische Abschiebehäftlinge im Untersuchungs- und Abschiebeknast „Elwe" eine **Revolte**, welche am folgenden Tag von Beamten der GSG 9 mittels massiven Knüppeleinsatzes niedergeschlagen wurde.
Die Ursachen für diesen Aufstand liegen in der Existenz und praktischen Realität von Abschiebehaft allgemein und den Zuständen in der „Elwe" im besonderen begründet. Die Bedingungen in Abschiebehaft sind u.a. gekennzeichnet durch mangelhafte Verpflegung, fehlende Kontaktmöglichkeiten zu Bekannten oder Verwandten und vielfach durch nicht gewährleisteten Rechtsbeistand. Diesen Zuständen waren die Abschiebehäftlinge in der „Elwe" teilweise bis zu **18 Monaten** ausgesetzt. Sie wurden in der Regel weder über ihre rechtlichen Möglichkeiten, wie gegen Abschiebehaft vorzugehen ist, informiert noch war die Dauer der Abschiebehaft bei ihrer Festnahme abzusehen.

Die **Dauer der Abschiebehaft**, welche gesetzlich auf drei Monate begrenzt ist, war bei den am Aufstand beteiligten Häftlingen i.d.R. weit überschritten. Dies wurde auch durch die Bearbeitung von Haftbeschwerden zweier betroffener Algerier durch das Oberlandesgericht Frankfurt/M. bestätigt. Die Frankfurter RichterInnen führen an, daß „das Abschiebeverfahren mit der größtmöglichen Beschleunigung zu betreiben ist", was bei den Inhaftierten nicht geschehen sei, und „daß eine Ausländerbehörde einen Ausländer nicht in Haft nehmen lassen darf, wenn sie bereits absehen kann, daß die Abschiebung - etwa aus Personalmangel - nicht innerhalb von 3 Monaten durchgeführt werden kann" (Begründung zu Beschluß OLG FFM vom 11.10.94).

Das „Verbrechen", weshalb Menschen in einem Abschiebeknast sitzen, besteht vielfach nur in dem Verdacht, daß sie die BRD nicht freiwillig - nach Ablehnung ihres Asylantrags - verlassen werden oder daß sie sich geweigert haben, in ein Land zurückzukehren, wo sie durch Verfolgung, Folter oder politischen bzw. religiösen Mord bedroht sind.

Unter diesem Bewußtsein fristeten die Häftlinge ein Leben auf Abruf mit 23 Stunden Einschluß, ohne einen Raum zum Beten, mit fehlenden Kontaktmöglichkeiten in der überfüllten „Elwe". Diese Bedingungen bleiben allerdings bei dem seit November '94 laufenden justitiellen Nachspiel bislang völlig unberücksichtigt. Das „Motiv" für den Aufstand wird negiert!

Von den 17 Angeklagten ist bisher 7 der Prozeß gemacht worden. Die Verhandlungen fanden in Einzelprozessen statt, was die Realisierung einer politischen Entscheidung des zuständigen Staatsanwalts Dietrich war. Das damit verbundene Ziel wurde erreicht: Eine große Öffentlichkeit war nie im Gerichtssaal zugegen, die Verurteilungen konnten weitgehend unbeachtet vonstatten gehen.

Die ersten drei Prozesse fanden vor verschiedenen Kasseler Jugendschöffengerichten statt. Der Prozeß gegen Rachid B. wurde mangels Beweisen eingestellt, dieser aber auf Antrag des Staatsanwalts aus dem Gerichtssaal heraus sofort in Abschiebehaft genommen. Erst nach mehreren Wochen wurde er nach Intervention seines Anwaltes auf freien Fuß gesetzt. Die beiden anderen Angeklagten wurden wegen als erwiesen erachteter Beteiligung an der Geiselnahme zu Jugendstrafen verurteilt:

- **Mohammed A. wurde zu 2 Jahren 3 Monaten und Khalid H. zu 1 Jahr 6 Monaten verurteilt.**

Vier weitere Prozesse fanden vor der 1. und 6. Strafkammer des Landesgerichts Kassel statt:

- **Am 5.4.95 wurde Mohammed M. von der 6. Strafkammer zu fünf Jahren und sechs Monaten wegen Geiselnahme verurteilt, nachdem der Staatsanwalt zuvor 2 Jahre und 6 Monate gefordert hatte und ausdrücklich darauf verwiesen hatte, daß für ihn Geiselnahme nicht nachweisbar sei.**
- **Am 6.6.95 wurde Mohammed B. von der 1. Strafkammer der Geiselnahme im minderschweren Fall für schuldig befunden und zu 3 Jahren Haft verurteilt.**
- **Am selben Tag wurde Adel M. wegen gemeinschaftlich begangener gefährlicher Körperverletzung in Tateinheit mit Widerstand gegen Vollzugsbeamte zu 3 Jahren und 6 Monaten von der 1. Strafkammer verurteilt.**
- **Am 19.6.95 wurde Zamir L. von der 6. Strafkammer zu 4 Jahren und 6 Monaten Haft wegen Geiselnahme in einem minderschweren Fall verurteilt. Auch hier ging der zuständige Richter über das von der Staatsanwaltschaft beantragte Strafmaß hinaus.**

Bei allen Verurteilungen war die Beweisgrundlage dürftig, stützte sie sich auf in weiten Teilen sehr unkonkrete Zeugenaussagen. Der Vergleich zum Urteil des an der Revolte beteiligten deutschen Angeklagten (5 Monate für Körperverletzung), die fehlende Einbeziehung des Hintergrunds des Aufstandes und die selbstherrliche Prozeßführung mit **maßloser Urteilsfindung** der 6. Strafkammer unter dem vorsitzenden Richter Damm machen die rassistischen Konstruktionen der Anklagen und ihrer Bearbeitung offensichtlich. Sie entsprechen der menschenverachtenden Art und Weise, wie in der BRD seit der Änderung des Art. 16 GG im Mai '93 mit Flüchtlingen umgegangen wird.

In einer anderen Angelegenheit bleibt die strafrechtliche Bearbeitung des „Elwe"-Aufstands anscheinend aus: In den Tagen nach ihrer Festnahme wurden die 26 Häftlinge z.T. erheblich mißhandelt. Sie mußten in der JVA Wehlheiden durch ein **Spalier von 10-20 Beamten** gehen und wurden, teils während dieses Gassenlaufs, teils auf dem Weg in die Zelle verprügelt. Bei der Freistunde im Hof wurden sich gegenseitig die Wunden und Schwellungen an Rücken, Arm und Kopf gezeigt, einige der Mißhandelten trugen dadurch dauerhaft Hör- und Sehschäden davon. Auch später ist mindestens einer von ihnen von den Schließern in Wehlheiden geschlagen worden, sein Anwalt fand ihn in einem „abscheulichen Zustand" vor.

Bislang ist nicht erkennbar, daß die Ermittlungen Fortschritte gemacht haben, obgleich die hessische Justizministerin Christine Hohmann-Dennhardt im Dezember '94 von einem „dringenden Verdacht" der **Mißhandlung** gegenüber dem Rechtsausschuß des hessischen Landtags berichtet hat und die Staatsanwaltschaft Kassel die Ermittlungen aufgenommen hat. Auch scheint eine Aufklärung von der Justiz nicht gewünscht zu werden, da bereits einige der betroffenen mißhandelten Gefangenen abgeschoben sind und als Zeugen nicht mehr zu Verfügung stehen, und eine Vorladung bereits abgeschobener ehemaliger „Elwe"-Häftlinge (als Entlastungszeugen!) wurde schon in den obengenannten Verhandlungen richterlich abgewiesen.

Was bleibt, ist zunächst der 11. September, an welchem der nächste Prozeß gegen weitere fünf Hauptangeklagte von der 1. Strafkammer des Landgerichts Kassel eröffnet wird. Es ist diesmal ein Sammelprozeß geplant.
Weitere Verhandlungstermine sind der 13.,18., 20., 25. und 27. 09., jeweils Landgericht, Frankfurter Straße. Für jeden Prozeßtag ist es wichtig, daß der Gerichtssaal voll ist, daß eine Öffentlichkeit einer willkürlichen oder rassistischen Prozeßführung gegenübersteht.
Die Angeklagten brauchen Solidarität.

Am Tag der Prozeßeröffnung, Montag, 11.09. ist deshalb ab 8^{30} h eine Kundgebung vor dem Gerichtsgebäude geplant.

Wir fordern:

- Abschaffung der Abschiebehaft
- Einstellung der „Elwe"-Prozesse und Freilassung der Angeklagten
- Aufklärung der Mißhandlungsvorwürfe durch eine unabhängige Instanz und die sofortige Entlassung der beteiligten Beamtinnen und Beamten

V.i.S.d.P.: B. Leiberecht, Für Allee 16, 34003 Kassel

PÄDO-DEBATTE

Liebe Leute!

Die Art und Weise, wie bisher über das Für und Wider von Päderastie diskutiert wurde, find ich ziemlich finster. Dabei bietet der konkrete "Fall XY" die Chance, sich nicht nur intellektuell-theoretisch mit einem brisanten Thema auseinanderzusetzen, sondern all die menschlichen Komponenten in die Debatte mit einzubeziehen, die bei Fallbeispielen präsent sind. Indem ich mich informiere, dazulerne, meine bisherige Meinung infragestelle und versuche zu verstehen, hat mein nachheriger Standpunkt eine viel fundamentiertere Qualität. Diese Chance sehe ich bisher kaum genutzt. Im Gegenteil habe ich den Zuschriften entnommen, daß die üblichen gesellschaftlichen Spielregeln übernommen und praktiziert werden, nach denen sich eine Gemeinschaft gegen Außenseiter aus den eigenen Reihen dadurch abgrenzt, daß sie ihm ihren gültigen Moral- und Verhaltenskodex um die Ohren haut. Das birgt die Gefahr, daß ich durchaus gute und wichtige Grundregeln des Zusammenlebens als Dogmen mißbrauche, um all das aus meinem Umfeld zu verbannen, was ich nicht verstehe.

Päderastie ist ein wirklich heikles Thema, aber seine wichtigste Frage scheint mir zu sein: Wie schätze ich Kinder und Jugendliche ein? Sind es formbare und so auch mißbrauchbare unfertige Erwachsene oder sind es eigenständige Menschen, die Ja sagen, wenn sie Ja meinen, und die Nein sagen, wenn sie Nein meinen. Dabei gehe ich von dem allgemeinen Konsens aus, daß klar ist, daß auch Kinder eine Sexualität haben, und daß klar ist, daß kein Kind wie das andere ist. Wenn aber kein Kind, kein(e) Jugendliche(r) wie der/die andere ist, liegt doch nahe, auch nicht alle wie auch immer gearteten Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern/Jugendlichen - in unserem "Fall" also alle Pädo-Beziehungen über einen Kamm zu scheren. Bei dem einen Kind kann sie einen klaren sexuellen Mißbrauch bedeuten, unter dem es leidet, bei einem anderen ein ihm wichtiges Bedürfnis sein, und dieses Kind leidet dann, wenn die Beziehung von außen her zerstört wird. Ich persönlich kenne einen 13jährigen, der die Bekanntschaft mit Älteren sucht - einschließlich Beziehung und körperliche Nähe -, weil "ihm das gut tut", wie er selbst sagt. Soll ich ihm einreden, daß sein Bedürfnis ein schlechtes ist?

Nun kann ich mir nicht vorstellen, mit Vorpubertären und Jungjugendlichen sexuell zu verkehren - genausowenig wie mit Frauen. Natürlich nicht (das zeigt der Vergleich), weil es verboten sei, sondern weil das nicht mein Bedürfnis ist und ich mir ein solches Begehren gefühlsmäßig und daher auch geistig für mich nicht vorstellen kann. Nun würden es alle Hetero-Männer sicherlich mächtig dreist von mir finden, wenn ich ihnen sexistische Motivationen unterstelle, bloß weil sie ihr Glück bei Frauen suchen, was ich wie gesagt für mich gefühlsmäßig nicht nachvollziehen kann. Warum aber soll ich andererseits alle Pädo-Männer des Sexismus bezichtigen, bloß weil sie ihr Glück bei Jungen und Jungjugendlichen suchen, was ich mir ja auch bloß nicht gefühlsmäßig vorstellen und nachvollziehen kann? Nein, ich glaube, daß es wie überall solche und solche gibt. Sexualität hat viele Formen, und keine davon ist von sich aus schlecht, sondern sie wird erst problematisch dadurch, daß sie von einem/r oder mehreren ihrer "VertreterInnen" anderen direkt über ungleichberechtigte Beziehungen oder indirekt über Moralkodex aufgezwungen wird. Und das kennen wir doch alle. Bloß weil bei Faschisten und Armee ein besonders extremer (uniformierter) Männlichkeitskult betrieben wird, sind doch nicht alle Schwulen Nazis und Army-Verehrer. Bloß weil Frauen immer wieder Opfer von Vergewaltigung und Macho-Gehabe sind, sind nicht alle Hetero-Männer tatsächliche Vergewaltiger und Machos - also auch: Bloß weil Kinder vielfach Opfer sexueller Gewalt werden, sind nicht alle Päderasten automatisch Vergewaltiger!

Laßt uns doch einzelne Individuen sehen und nicht VertreterInnen irgendwelcher Schubladen! Es gibt nicht die ArbeiterInnen, die Arbeitslosen, die Linken, die ChristInnen, die AusländerInnen, die Behinderten, die Kinder, Frauen, Männer, die Heten, die Lesben und die Schwulen und auch nicht die Päderasten. Vielmehr ist es doch so, daß eben nicht Menschen mit den gleichen Merkmalen, unter gleichen Umständen, in gleichen Zusammenhängen auch genauso reagieren, dieselben Schlüsse ziehen, sich genauso verhalten etc. Also ist m.E. die ganze Pauschalisiererei wirklichkeitsfremd.


In all den Papieren und Schriften,"XY" betreffend, habe ich nur sehr wenig Hinweise auf ausbeuterisches Verhalten gegenüber den Jugendlichen gefunden. Demgegenüber las ich oft von Freiwilligkeit und selbstbestimmt eingegangenen Beziehungen in den Texten seiner Verteidiger bzw. abstrakt und pauschal vorgetragene Beschuldigungen in den Texten seiner GegnerInnen. In diesem Falle scheint es mir fairer zu sein, wenn die Beweislast bei seinen KritikerInnen liegt, d.h., sie müssen nachweisen, daß er schuldhaft, unfair oder wie auch immer gehandelt hat, nicht aber er muß nachweisen, daß er "unschuldig" ist. Eine Einladung zum Gespräch kann nicht einer Vorladung vors Gericht gleichkommen:"Wir wollen wissen...Äußere Dich!"

Ich wünsche mir einen menschlicheren, herzlichereren, verständnisvolleren und faireren Umgang unter uns, damit unser Zusammenleben nicht dem aller anderen Gemeinschaften - Glaubensgemeinschaften - Volksgemeinschaften (!) gleicht, indem eine Art Gericht aus Szene-Hardlinern über die Einhaltung der einzig wahren Lehre und Lebensform wacht und alle AußenseiterInnen, die nicht der fertigen Schablone entsprechen, herauskatapultiert. Ansonsten bleiben wir im Wesen kapitalistisch, kleinbürgerlich, patriarchal (gibt es eigentlich auch patriarchale Frauen?) und herrschaftsorientiert. Und eine eventuell von uns aufzubauende und zu verantwortende Gesellschaft würde genauso ausarten und enden wie dazumal der real-existierende Sozialismus.

Aber ich wünsche mir/uns, wieIhr Euch/uns sicherlich auch, daß es uns gelingt, eine tragbare und lebensfähige Alternative zum jetzigen System zu entwerfen und auch vorzuleben, damit wir nicht den Rest unseres Lebens (und doch befürchte ich, daß es so kommt) uns mit dieser Gesellschaft, diesem System und diesem Staat herumschlagen müssen.

Ich glaube, es ist im Sinne der jetzigen Gesellschaft, wenn die Toleranzgrenzen im Bereich der Sinnlichkeiten, der Sexualität und des lustvollen Umgangs verschoben werden. Aber darauf habe ich keinen Bock. Ich habe keinen Bock darauf, als Schwuler nun endlich zur Gesellschaft/Szene dazugehören zu dürfen auf Kosten anderer Minderheiten, die, obwohl sie von der Sache her auch nicht anders drauf sind als wir, nun als die neuen Erzfeinde und Schweine der Nation (Szene) geächtet werden. Ich bin gegen eine reformistische Grenzverschiebung, aber für die Gleichberechtigung und Akzeptanz aller Lebens- und Liebesformen, die erst da ihr Ende findet, wo Zwang und Unfreiheit und einseitig initiierte Gewalt aufkommen.

Lady DI, Halle



WE PRESENT:

'Das Geheimnis der Grabesritter'

VIDEOFILM ÜBER DIE
'RITTER ZUM HEILIGEN GRABE' -
EINE GESCHLOSSENE GESELLSCHAFT DER
RECHTEN ELITE

WANN: DO., 7. 9. , 20 UHR

WO: JAGOWSTR. 12
MOABIT

IN DER GESCHÄFTSSTELLE
DES

bapob

Berliner Arbeitskreis
für politische Bildung

EINTRITT FREI

Samstag 2.9. 20.00 Uhr
"Zwischen Flucht und Arbeit-Neue Migration
und Legalisierungsdebatte"
Norbert Cyrus (Ethnologe), Heike Kleffner (Journalistin)
stellen als MitautorInnen den Sammelband "zwischen Flucht + Arbeit "vor
Literaturforum im Bert Brecht Haus,Chaussestr.,Berl.-Mitte

Montag 4.9. 20.00 Uhr
"Kuba-Letztes antiimperialistisches Bollwerk
auf der Schwelle zur kapitalistischen Modernisierung?"
Dias+Diskussion, KOB Potsdamer Str. 157

Postkarten zu Mumia
zu bestellen bei:

Solidaritätskomitee für das Leben und
die Freiheit von Mumia Abu-Jamal
c/o Orli-Torgau-Zentrum
Maximinstraße 21
54292 Trier

50 St. für 5 Mark in Briefmarken,
100 St. für 8 Mark (Incl. Porto).
Solange unser Vorrat reicht!

Keine Hinrichtung
von Mumia Abu-Jamal!

WICHTIG UND DRINGEND !

Vom 26.8. (Samstag) bis zum 15.9. (Freitag) ist unser Freund Christian zusammen mit der 'Lebenshilfe (für Menschen mit geistiger Behinderung)e.V.' verreist. Er hat lange auf dem Sozialamt für diesen ihm zustehenden Urlaub und das dafür nötige Geld kämpfen müssen. Jedoch mit zunehmender Dauer der Reisevorbereitung wurde ihm immer bewußter, daß die 'Lebenshilfe' ihm mit ihrer Ferienorganisation keinen gesicherten Freiraum eröffnen will, sondern vielmehr erneut auf Bevormundung und Einschränkung seinerseits hinzielt. So darf er nicht ohne Begleitung das Feriengelände (eine Jugendherberge) verlassen und sein Kofferinhalt (z.B. nicht mehr als 3 Musikcassetten) wurde ihm genauestens vorgeschrieben. Christian hat keine Lust auf eine solche Reise, kann aber aus Angst vor dem Sozialamt nicht von dieser zurücktreten - daher wollen wir alle reisebegeisterten Menschen hiermit aufrufen Christian zu besuchen und ihm damit diese 3 Wochen oder auch nur kleine Teile davon erträglicher zu gestalten.

Er wohnt in der Jugendherberge Zingst; Glebbe 14; 18374 Zingst/Darß (ist eine wunderschöne Gegend an der Ostsee) - die Telefonnummer ist 038232/ 465.

Sarajevo wieder umkämpft

Arbeitslosigkeit

Neonazis

Über 100 Tote bei Hitzewelle in Pakistan

Lenin steht zum Verkauf

Alkohol

Krieg

Lehrstellenstreit zugespitzt

WER KÄMPFT KANN VERLIEREN,
WER NICHT KÄMPFT HAT SCHON VERLOREN !

WIR KÄMPFEN !!! IHR AUCH ?

KOMMT ZU UNSERER VERANSTALTUNG !

PROGRAMM:
JF-SOLO
STREET DANCE,
Özgürlük Savascilari,
POLITISCHES THEATER,
HIP HOP,
Anarchist Academy
REDEBEITRÄGE,
JUCKS
anschließend DISCO

ORT: NAUNYNRITZE, NAUNYNSTR. 63 (U-BAHNHOF: KOTTBUSSER TOR)

DATUM: 08.09.95

ZEIT: 19.00 Uhr

EINTRITT: ermäßigt: 5,- /10,-

AUCH DEN DROGEN IST DER KAMPF ANGESAGT !!

WIR MÜSSEN DRAUSSEN BLEIBEN !!

Halt
für
CASTOR
Zugfahrten

Weiterfahrt
Castor Alarm
Tag
X
Wir stellen uns quer!
Sicherung des
Bahnüberganges